

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Autorengemeinschaft

Der Arbeitsmarkt 1996 und 1997
in der Bundesrepublik Deutschland

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt 1996 und 1997 in der Bundesrepublik Deutschland

Autorengemeinschaft*

Grundlinien der Entwicklung 1996 und Perspektiven für 1997 – ein Überblick

Arbeitsmarkt 1996 im Sog weiterer Wachstumsabschwächung

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich 1996 deutlich verschlechtert. Die bereits im Verlauf des Vorjahres spürbar verstärkte Abwärtstendenz hielt das gesamte Jahr 1996 über an. Maßgebend für diese ungünstige Entwicklung war die allgemeine Wachstumsschwäche. Aber auch die konjunkturellen Auftriebskräfte gewannen nicht entscheidend an Stärke. So blieben Nachfrage und Produktion in den alten Bundesländern gedrückt. In den neuen Bundesländern verlor die Umstrukturierung erheblich an Schwung.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland verringerte sich im Jahresdurchschnitt nach vorläufiger Berechnung des Statistischen Bundesamtes um 0,4 Mio auf 34,5 Mio Personen. Annähernd ebenso stark erhöhte sich die registrierte Arbeitslosigkeit auf knapp 4 Mio Personen. Die Stille Reserve insgesamt stieg geringfügig auf 3,3 Mio Personen.

Weil sich die Lage kontinuierlich negativ entwickelte, war die Situation am Jahresende noch ungünstiger als im Jahresmittel. Das Jahr 1997 ist von diesem schlechten Ausgangsniveau erheblich vorbelastet. Dies gilt gleichermaßen für Arbeitslosigkeit wie Erwerbstätigkeit.

Verstärkter Rückgang der Erwerbstätigkeit in den alten Bundesländern

Das wirtschaftliche Wachstum in den alten Bundesländern hat sich 1996 nochmals verlangsamt. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1¹/₄ %. Sorgenvoll stimmt vor allem, daß seit Überwindung der Rezession 1992/93 auch der Wachstumspfad nicht wesentlich steiler verläuft (1994 bis 1996: durchschnittlich + 1³/₄ % p.a.).

Für eine Wende zum Besseren bei der Erwerbstätigkeit reicht dies nicht aus. Vielmehr nahm 1996 die Beschäftigung sogar beschleunigt ab (- 0,3 Mio, nach - 0,2 Mio im Jahr zuvor). Dazu trug auch bei, daß es insgesamt nur in bescheidenem Umfang gelang, die Arbeitszeit zur Beschäftigungssicherung zu verkürzen. Auch wenn immer wieder innovative Arbeitszeitmodelle kreiert und realisiert werden, auf breiter Front sind diese Initiativen auch im Jahr 1996 noch nicht vorangekommen.

Alles in allem dürfte sich die Arbeitszeit je Erwerbstätigen 1996 – entgegen unseren Erwartungen – nur geringfügig verringert haben. Dabei kam vieles zusammen. Auf kürzere Arbeitszeit wirkten Tarifvereinbarungen und eine weiter gestiegene Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten (1996: 19 %). Auch die Mehrarbeitsstunden nahmen – nach Zunahmen in den beiden Vorjahren – wieder etwas ab; sie bewegten sich aber immer noch auf dem Niveau der Jahre 1991/92. Die Kurzarbeit stieg zwar an, entlastete aber weit weniger als in vorangegangenen Krisen. Durch die Schlechtwettergeldregelungen wurde in kleinerem Umfang witterungsbedingter Arbeitsausfall aufgefangen als im Vorjahr. Wohl auch im Zusammenhang mit den geänderten Finanzierungsmodalitäten war der Entlastungseffekt zugleich merklich bescheidener als in ähnlich schwierigen Jahren in der Vergangenheit. Vom gesunkenen Krankenstand gingen deutliche Impulse in Richtung auf eine längere Arbeitszeit aus.

Wohl im Zusammenhang mit der geringeren Kapazitätsauslastung verlangsamte sich der Anstieg der Arbeitsproduktivität. Die Rationalisierungsbemühungen zur Dämpfung des Kostendrucks und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dürften aber unvermindert weitergegangen sein und mittelfristig positive Wirkung zeigen. Alles in allem erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde um 2¹/₂ %, nach 3¹/₂ % im Jahr 1995. Damit war die Zunahme der Arbeitsproduktivität auch zuletzt höher als in vorangegangenen Phasen schwacher Wirtschaftsentwicklung.

Das Arbeitsangebot in den alten Bundesländern erhöhte sich um 0,1 Mio und damit stärker als vor einem Jahr erwartet. Einer aktualisierten Berechnung folgend geht die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (demographische Komponente) etwas langsamer zurück als bisher angenommen. Auch die entge-

* Hans Uwe Bach, Hans Kohler, Dr. Hanspeter Leikeb, Dr. Emil Magvas und Dr. Eugen Spitznagel sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 30. April 1997

gen unserer früheren Annahme noch nicht in Gang gekommene Rückwanderung der Bosnienflüchtlinge spielt mit herein. Im übrigen resultierten aus dem Wanderungssaldo mit dem Ausland steigende Effekte für das Arbeitsangebot in der Größenordnung von 150 000 Personen, etwas weniger als im Vorjahr.

Die Arbeitslosigkeit stieg im Jahresverlauf kontinuierlich an, wenn man saisonale Besonderheiten außer Acht läßt. Für den Jahresdurchschnitt errechnet sich für die alten Bundesländer eine Arbeitslosenzahl von 2,8 Mio, fast $\frac{1}{4}$ Mio mehr als 1995. Die Stille Reserve insgesamt nahm um knapp 160 000 auf gut 2,4 Mio Personen zu.

Umstrukturierung in den neuen Bundesländern gebremst – Beschäftigung wieder im Minus

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern ist 1996 in ein kritisches Stadium gekommen. Die erste Phase der Umstrukturierung und des Neuaufbaus läuft aus, und Anschlußprojekte rücken nicht in hinreichendem Umfang nach. Vor allem bei der Bautätigkeit gab es einen Einbruch. Im Verarbeitenden Gewerbe ging es zwar weiter aufwärts, die industrielle Basis ist aber vorerst viel zu schmal, um die Bauwirtschaft als Wachstumsmotor ersetzen zu können. Im Zusammenhang mit all dem konnte auch der tertiäre Sektor keine starke Expansionskraft entfalten.

Insgesamt nahm die Produktion von Waren und Diensten in den neuen Bundesländern nur noch um 2 % zu. Für die Erwerbstätigkeit bedeutete dies einen herben Rückschlag. Nach der Erholung in den vorangegangenen Jahren fiel die Beschäftigung 1996 wieder deutlich zurück, im Jahresdurchschnitt um 0,1 Mio auf knapp 6,3 Mio Personen.

Das Arbeitsangebot verringerte sich erwartungsgemäß um gut 0,1 Mio auf 8,3 Mio Personen. Dazu trug der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei, ebenso die leicht rückläufige Erwerbsneigung und die etwas steigende Bildungsbeteiligung. Umgekehrt führten Wanderungen und Pendlerbewegungen zu einer leichten Zunahme des Erwerbspersonenpotentials.

Weil das Arbeitsangebot etwas stärker abnahm als die Arbeitsnachfrage, hat sich der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials leicht ermäßigt. Dennoch stieg die registrierte Arbeitslosigkeit deutlich um 120 000 auf 1,17 Mio Personen. Maßgebend dafür war, daß immer weniger ältere Arbeitnehmer über Vorruhestandsregelungen aufgefangen werden. Die nachfolgenden Jahrgänge können die auslaufenen Regelungen nicht mehr in Anspruch nehmen und melden sich im Falle des Arbeitsplatzverlusts arbeitslos. So belief sich die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren oder älter im Jahresdurchschnitt 1996 auf 220.000; gegenüber dem Vorjahr ist dies ein weit überdurchschnittlicher Anstieg um 85.000 oder 39 %.

Die Stille Reserve insgesamt verringerte sich um 140 000 auf knapp 0,9 Mio Personen.

1997: Noch kein Wachstumsschub – Arbeitsmarkt weiterhin im Tief

Auch wenn sich der konjunkturelle Rahmen günstiger darstellt als vor einem Jahr – ein kräftiges Wirtschaftswachstum, das den Arbeitsmarkt mitzieht, läßt auf sich warten.

Die Prognosen der Institute und anderer Institutionen zur Entwicklung des BIP in Deutschland liegen seit mehreren Monaten in einem Korridor, der nach oben mit $2\frac{1}{2}$ %, nach unten mit 2 % begrenzt wird. Die jüngste Gemeinschaftsdiagnose rechnet mit einem Wachstum von $2\frac{1}{4}$ %¹.

Stabilisierungstendenz am Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern in Sicht

Das IAB legt seinen Vorausrechnungen für den Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern wiederum drei Alternativen zugrunde: Ein Wachstum von $1\frac{3}{4}$ %, das nicht viel über Stagnation hinausginge, eine Zunahme um $2\frac{1}{4}$ %, die für eine allmähliche Erholung stünde und einen Anstieg um $2\frac{3}{4}$ %, der eine Verbesserung auf breiterer Grundlage bedeuten würde. Im folgenden wird beschrieben, was die mittlere Variante für den Arbeitsmarkt bedeuten könnte.

Bei der Arbeitsproduktivität rechnen wir für diesen Fall mit einer verstärkten Aufwärtstendenz, die über dem mittelfristigen Trend liegt, auch weil Auslastungseffekte wirksam werden. Nach unserer Einschätzung könnte das Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde um gut 3 % zunehmen, nach einem Anstieg um $2\frac{1}{2}$ % im Vorjahr.

Bei der Arbeitszeit kommen, wie schon im Vorjahr, verlängernde und verkürzende Einflüsse zusammen. Wie sich dies mischt, ist schwer vorauszusagen. Die Komponenten tarifliche Wochenarbeitszeit und freiwillige Teilzeitarbeit werden jedenfalls wiederum auf einen gewissen Rückgang hinwirken. Was die ver-

¹ Vgl. Beurteilung der Wirtschaftslage durch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der Deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1997, München (April) 1997

schiedenen Formen beschäftigungssichernder Arbeitszeitpolitik betrifft, so erwarten wir nach den Erfahrungen der Vorjahre auch für 1997 keinen Durchbruch. Wir gehen aber davon aus, daß sie im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Der Krankenstand wird nochmals sinken, was einen arbeitszeitverlängernden Effekt hat. Alles zusammengenommen, dürfte sich die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen auch 1997 nur wenig verändern.

Wächst das BIP um 2¹/₄ %, erhöht sich die Arbeitsproduktivität um gut 3 % und bleibt die Arbeitszeit annähernd unverändert, nimmt die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt noch um reichlich 0,2 Mio Personen ab. Für den Jahresverlauf ist damit immerhin eine allmähliche Stabilisierung angelegt.

Das Arbeitsangebot wird 1997 noch um 50 000 Personen zunehmen. Der säkulare Alterungsprozeß der einheimischen Bevölkerung wirkt zwar auf Abnahme, dieser Effekt wird aber weiterhin durch eine steigende Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, und vor allem durch Zuwanderung mehr als ausgeglichen.

Entwickeln sich Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot wie beschrieben, steigt das nichtbeschäftigte Erwerbspersonenpotential auf 5¹/₂ Mio Personen. Erfahrungswerte über dessen Verteilung legen eine Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit auf 3 Mio Personen und der Stillen Reserve auf 2,5 Mio Personen nahe.

Beschäftigungsrückgang in den neuen Bundesländern setzt sich fort

Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt gedämpft. Das IAB hält eine Zunahme des BIP von mindestens 0,5 % und höchstens 2,5 % für möglich. Kommt es zu einem „mittleren“ Wachstum von 1,5 %, rechnen wir mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um 140.000 Personen. Aber selbst eine BIP-Zunahme um 2,5 % wäre immer noch mit einer spürbaren Beschäftigungsabnahme verbunden. In diesem Fall würde sich immerhin die Entwicklung im Jahresverlauf stabilisieren und günstigere Perspektiven für 1998 eröffnen.

Das Arbeitsangebot wird nach unserer Einschätzung erneut um gut 0,1 Mio Personen abnehmen. Dabei haben wir die erkennbaren dämpfenden Tendenzen aufgrund der Entwicklung von Bildungsbeteiligung und Erwerbsneigung fortgeschrieben. Auch die demographische Komponente wird wiederum leicht entlasten, weil weniger Personen in das Erwerbsleben eintreten als ausscheiden. Von der Wanderung gehen nur geringe expansive Effekte auf das Erwerbspersonenpotential aus, insbesondere wegen rückläufiger Zugänge von Aussiedlern und Asylbewerbern.

Kommt es zu einer solchen Konstellation von Arbeitsnachfrage (-0,14 Mio) und Arbeitsangebot (-0,12 Mio), bleibt der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspotentials nahezu gleich. Was sich weiter ändert, ist aber die Verteilung der Unterbeschäftigung. Die Stille Reserve wird erneut abnehmen und die registrierte Arbeitslosigkeit weiter steigen. Die Zahl der Arbeitslosen könnte sich um gut 0,1 Mio auf knapp 1,3 Personen erhöhen, die Stille Reserve in der gleichen Größenordnung auf 0,8 Mio sinken.

Gravierendes Arbeitsplatzdefizit in Deutschland

In Deutschland wird die Erwerbstätigkeit – bei unserer mittleren Wachstumsvariante – im Jahresdurchschnitt 1997 um 0,35 Mio auf 34,1 Mio Personen abnehmen. Das Erwerbspersonenpotential dürfte sich ebenfalls verringern, um knapp 0,1 Mio auf 41,7 Mio Personen. Weil der Rückgang bei der Arbeitsnachfrage weit über die Abnahme des Arbeitsangebots hinausgeht, wächst der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials. Er erreicht die Größenordnung von 7,6 Mio Personen, eine viertel Million mehr als im Vorjahr.

Hinter diesem fundamentalen Ungleichgewicht von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage steht nicht primär eine vorübergehende Störung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, sondern maßgebend ein gravierendes Arbeitsplatzdefizit im Gefolge einer hartnäckigen Wachstums- und Investitionsschwäche. Alles in allem fehlen in Deutschland – je nachdem wie man rechnet - 5 bis 7 Mio wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Eckdaten der Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1997

		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997		
									Var. I	Var. II	Var. III
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt (real)	West	+ 5,7	+ 5,0	+ 1,8	- 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	+1 3/4	+2 1/4	+2 3/4
	Ost	- 15,6	- 19,2	+ 7,8	+ 8,9	+ 9,9	+ 5,3	+ 2,0	+ 1/2	+1 1/2	+2 1/2
	Insg.	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,2	- 1,1	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7
Stundenproduktivität	West	+ 5,0	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,8	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,4
	Ost	- 1,4	+ 9,5	+ 8,2	+ 10,5	+ 9,8	+ 6,0	+ 3,8	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,6
	Insg.	+ 7,1	+ 8,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,6
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	- 2,3	- 1,2	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0
	Ost	- 5,4	- 11,2	+ 14,2	+ 1,3	- 1,6	- 1,8	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,4
	Insg.	- 3,2	- 3,4	+ 3,1	- 0,8	- 0,4	- 1,3	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1
Erwerbstätige	West	+ 3,0	+ 2,5	+ 0,9	- 1,5	- 1,2	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 0,8	- 0,6
	Ost	- 9,5	- 17,0	- 12,8	- 2,8	+ 1,7	+ 1,1	- 1,7	- 2,9	- 2,2	- 1,6
	Insg.	- 0,3	- 2,1	- 1,8	- 1,7	- 0,7	- 0,3	- 1,2	- 1,3	- 1,0	- 0,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000											
Erwerbstätige	West	821	+ 710	+ 266	- 448	- 342	- 183	- 296	- 270	- 220	- 170
	Ost	-927	-1499	- 934	- 177	+ 104	+ 72	- 107	- 180	- 140	- 100
	Insg.	-106	- 789	- 668	- 625	- 238	- 111	- 403	- 450	- 360	- 270
Erwerbspersonenpotential	West	591	+ 684	+ 573	+ 300	+ 119	+ 123	+ 92	+ 50	+ 50	+ 50
	Ost	-490	- 296	- 124	- 104	- 122	- 152	- 126	- 116	- 116	- 116
	Insg.	101	+ 388	+ 449	+ 196	- 3	- 29	- 34	- 66	- 66	- 66
Personen in 1000											
Registrierte Arbeitslose	West	1.883	1.689	1.808	2.270	2.556	2.565	2.796	3.040	3.010	2.980
	Ost	240	913	1.170	1.149	1.142	1.047	1.169	1.310	1.280	1.250
	Insg.	2.123	2.602	2.978	3.419	3.698	3.612	3.965	4.350	4.290	4.230
Stille Reserve	West	1.164	1.332	1.520	1.806	1.981	2.278	2.435	2.511	2.491	2.471
	Ost	197	727	1.280	1.374	1.155	1.026	885	808	798	788
	Insg.	1.361	2.059	2.800	3.180	3.136	3.304	3.320	3.319	3.289	3.259
Anteile Ost in %											
Bruttoinlandsprodukt (real)		9,2	7,2	7,6	8,4	9,0	9,3	9,3	9,2	9,3	9,3
Erwerbspersonenpotential		22,7	21,8	21,2	20,9	20,6	20,2	20,0	19,7	19,7	19,7
Erwerbstätige		23,6	20,1	17,8	17,6	18,1	18,3	18,2	17,9	18,0	18,1
Registrierte Arbeitslose		11,3	35,1	39,3	33,6	30,9	29,0	29,5	30,1	29,8	29,6
Stille Reserve		14,5	35,3	45,7	43,2	36,8	31,1	26,7	24,4	24,3	24,2

Quelle: Berechnungen des IAB

Gliederung

1 Die Entwicklung 1996

1.1 Alte Bundesländer

1.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

1.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften

1.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz

1.2 Neue Bundesländer

1.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

1.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften

1.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

2 Die Perspektiven 1997

2.1 Alte Bundesländer

2.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

2.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften

2.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz

2.2 Neue Bundesländer

2.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

2.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften

2.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

3 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1996 und 1997

3.1 Alte Bundesländer

3.2 Neue Bundesländer

Tabellenanhang

1 Die Entwicklung 1996

1.1 Alte Bundesländer

Die wirtschaftlichen Aktivitäten blieben insgesamt verhalten. Dämpfend hat vor allem der Einbruch bei der Bauproduktion gewirkt, der andere Bereiche in Mitleidenschaft zog. So reichte die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe nur knapp an das Vorjahresniveau heran. Allein die Dienstleistungsunternehmen konnten ihre Wertschöpfung kräftig steigern. Die weiteren Zweige des tertiären Sektors – Handel, Verkehrswirtschaft, Staat – legten geringfügig zu. Alles in allem kam schließlich ein Anstieg des BIP um knapp 1 1/2 % heraus, noch etwas weniger als im Vorjahr und viel zu wenig, um eine Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen.

1.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1996 in den alten Bundesländern

Der Rückgang der Beschäftigung hielt das ganze Jahr über an. Im Jahresmittel verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern um 0,3 Mio Personen, nach knapp - 0,2 Mio im Jahr 1995 (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

Maßgebend für die Verschlechterung war die Entwicklung in der Bauwirtschaft. Hier setzte sich der Arbeitsplatzabbau beschleunigt fort. Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe um 0,1 Mio Personen niedriger als 1995. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe ging die Abnahme der Beschäftigung mit reichlich - 0,2 Mio über die des Vorjahres hinaus. Dabei spielte die Baukrise mit herein. Die wieder lebhaftere Außennachfrage bot noch keine hinreichende Gegenkraft, um die Beschäftigungslage in der Industrie zu stabilisieren.

Die Beschäftigungsgewinne im tertiären Sektor konnten die Verluste im Bereich der Warenproduktion nicht wettmachen. Insgesamt erhöhte sich die Erwerbstätigkeit bei den Dienstleistungen um 0,1 Mio Personen, etwas mehr als 1995. Gemessen am bisherigen Trend ist dies nun schon im zweiten Jahr hintereinander eine nur bescheidene Zunahme. Selbst im Rezessionsjahr 1993 war der Anstieg der Beschäftigung größer ausgefallen. Eine Rolle bei der verlangsamten Aufwärtstendenz in letzter Zeit spielen die auch in diesem Sektor verstärkten Rationalisierungsanstrengungen. Mit Blick auf das Arbeitsvolumen darf im übrigen nicht übersehen werden, daß hinter dem Zuwachs der Erwerbstätigkeit bei den Dienstleistungen überdurchschnittlich viele Teilzeitarbeitsplätze stehen, während im Warenproduzierenden Bereich in erster Linie Vollzeitbeitsplätze verloren gehen.

Die eher geringe Beschäftigungsdynamik des Dienstleistungssektors hängt vor allem mit strukturellen Anpassungen beim öffentlichen Dienst und bei den ehemals staatlichen Transportbetrieben zusammen sowie mit Personaleinsparungen im Einzel-, Groß- und Außenhandel. In einer beachtlichen Reihe von produktions- und verbrauchsbezogenen Dienstleistungssparten läuft aber der Aufwärtstrend durchaus weiter, z. B. im Gesundheitswesen, bei Alten- und Pflegeheimen, im Reinigungsgewerbe, bei Ingenieurbüros und im PR-Bereich, bei den Sicherungsdiensten, dem Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei der Arbeitnehmerüberlassung.

Die durchschnittlich geleistete *Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen* in den alten Bundesländern dürfte 1996 nach vorläufigen Berechnungen nur geringfügig abgenommen haben (vgl. Tabellen 3a und 4a). Bei unserer Projektion vor einem Jahr hatten wir mit einer Abnahme um etwa 1 % gerechnet. Von Einfluß auf diese Differenz ist u. a., daß beschäftigungs-

sichernde Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung nicht in dem Umfang plaziert wurden, wie wir sie in unserer (Ziel-)Projektion eingesetzt hatten. Außerdem wirkte der gesunkene Krankenstand deutlich in Richtung auf längere Arbeitszeit.

Die *tarifliche Wochenarbeitszeit* verringerte sich um 0,4 %. Dabei bestehen in unserer Rechnung gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen flexibler Arbeitszeitregelungen, die Arbeitszeitkorridore nach oben und unten eröffnen und deren Erfassung in der Arbeitszeitstatistik schwierig ist. Nach diesen Regelungen, deren Bedeutung zunimmt, kann die geleistete Wochenarbeitszeit von den tariflichen Vorgaben nach unten oder oben abweichen; erst über einen längeren Zeitraum hinweg müssen geleistete und tarifliche Arbeitszeiten übereinstimmen.

Wir hatten für unsere Rechnung vor einem Jahr angenommen, daß es in etwas größerem Umfang gelingen würde, die Spielräume der Arbeitszeitkorridore nach unten auszuschöpfen. Allgemeine tarifliche Vereinbarungen über kürzere Wochenarbeitszeiten wurden 1996 nur in geringem Umfang wirksam. Am stärksten schlug die Arbeitszeitverkürzung in der Metall- und Elektroindustrie zu Buche, die im Oktober 1995 in Kraft getreten war und auch noch die Entwicklung im Jahr 1996 beeinflusste (rechnerischer Überhang). Auf der anderen Seite wurden die Wochenarbeitszeiten für Beamte in verschiedenen Bundesländern verlängert. Auf die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten gesehen, fiel dieser gegenläufige Effekt aber nicht nennenswert ins Gewicht.

Beim *Jahresurlaub* kam es 1996 zur Verringerung der sog. freien Arbeitstage im öffentlichen Dienst und zu einer teilweisen Anrechnung von Schlechtwetterausfallzeiten. Dadurch nahm erstmals der durchschnittliche Jahresurlaub geringfügig ab.

Der Trend zur *freiwilligen Teilzeitarbeit* setzte sich im prognostizierten Ausmaß fort. Nach Mikrozensus-Ergebnissen, die mit den aktuelleren Daten der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fortgeschrieben wurden, dürfte die Teilzeitquote 1996 um gut 1/2 Prozentpunkt auf 19 % gestiegen sein. Eine beschleunigte Zunahme, die zur stärkeren Entlastung des Arbeitsmarktes erwünscht wäre, hat sich damit aber nicht eingestellt. Immerhin ist der Effekt für die Jahresarbeitszeit mit - 0,3 % etwas größer ausgefallen als in den Vorjahren, weil die durchschnittliche Reduktion der Arbeitszeit je Teilzeitbeschäftigten zugenommen hat.

Der *Krankenstand* verringerte sich verhältnismäßig stark von 5,2 % im Vorjahr auf 4,7 % im Jahr 1996. Im Durchschnitt der abhängig Beschäftigten nahmen damit die krankheitsbedingten Fehlzeiten um einen Arbeitstag ab. Für die geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer bedeutet dies einen Effekt von +1/2 % gegenüber 1995. Bei unserer Projektion für 1996 waren wir von einem unveränderten Krankenstand ausgegangen.

Eine Erklärung für diese überraschend deutliche Abnahme könnte die weitere Verschlechterung des Arbeitsmarkts sein. Für diese Hypothese spricht, daß auch in der Vergangenheit eine ungünstige Beschäftigungsentwicklung häufig mit einem rückläufigen Krankenstand einherging. Aber es gibt auch das eine oder andere Gegenbeispiel.

Ein weiterer, naheliegender Erklärungsgrund ist das im Oktober 1996 in Kraft getretene neue Lohnfortzahlungsgesetz, das u. a. Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall brachte. Dafür könnte angeführt werden, daß die Krankenquote gerade in den letzten Monaten des Jahres 1996

den Vorjahresstand besonders deutlich unterschritten hat. Auch Erfahrungen in anderen Ländern weisen darauf hin, daß Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung häufig mit einem niedrigeren Krankenstand verbunden sind.² Wir wissen aber nicht, für wieviele Arbeitnehmer und wie rasch das Gesetz umgesetzt wurde. Unabhängig davon ist freilich auch denkbar, daß allein Anündigung und Einführung dieses Gesetzes (vorübergehende) Wirkungen auf den Krankenstand zeitigten. Andererseits aber tendierte der Krankenstand bereits seit Frühjahr 1996 nach unten, zu einer Zeit also, in der die öffentliche Diskussion über das Lohnfortzahlungsgesetz noch nicht entbrannt war.

Darüber hinaus können auch Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur von Einfluß sein. So hat in letzter Zeit die Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten, die aus branchenspezifischen Gründen einen überdurchschnittlichen Krankenstand aufweisen, besonders stark abgenommen. Außerdem ist nicht auszuschließen, daß gesundheitlich eingeschränkte und ältere Arbeitnehmer im Zuge des allgemeinen Beschäftigungsabbaus häufiger als andere ihren Arbeitsplatz verloren haben. Auch dies würde im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf einen geringeren Krankenstand der Beschäftigten hinwirken. Alles in allem: Die Frage nach den Bestimmungsgründen läßt sich zur Zeit nicht abschließend klären. Wir nehmen an, daß verschiedene Faktoren zum Rückgang des Krankenstands beigetragen haben.

Die *akzeptierte Teilzeitarbeit* zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen bei kurzen Auftragsdecken – nach dem Muster der Volkswagenwerk AG – nahm nach unserer Einschätzung zwar zu, sie spielte aber eine geringere Rolle als in der Rechnung vor einem Jahr angenommen. Wir müssen einräumen, daß unser Ansatz nur auf der Sammlung von Einzelinformationen beruht, nicht auf einer repräsentativen Erhebung. So oder so dürfte sich aber der Einfluß auf das Niveau und die Veränderung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit in engen Grenzen gehalten haben.

Die *Kurzarbeit* stieg etwa im prognostizierten Ausmaß, vor allem, wie erwartet in der Bauwirtschaft.

Im Zusammenhang mit dem in weiten Bereichen gedämpften Geschäftsgang hatten *Mehrarbeitsstunden* eine abnehmende Bedeutung. Allerdings fiel der Rückgang bescheidener aus, als wir ihn vor einem Jahr angesetzt hatten.

Die Inanspruchnahme der *Schlechtwettergeldregelung* wurde 1996 durch konjunkturelle und strukturelle Probleme in der

Bauwirtschaft, die rechtlichen Änderungen beim Schlechtwettergeld³ sowie einen strengen und langen Winter geprägt. Vergleicht man das Auf und Ab der monatlichen Beschäftigtenzahlen im Baugewerbe 1995/96 mit der „langen Reihe“, fällt auf, daß der Personalabbau im Winter und der anschließende Personalaufbau im Frühjahr jetzt ausgeprägter waren als in den vorangegangenen Krisenphasen Mitte der siebziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Diese Unterschiede deuten an, daß jetzt mehr auf Entlassungen gesetzt wurde und weniger auf Ausfallzeiten bei Fortbestehen von Beschäftigungsverhältnissen.

Gleichwohl wurde auch im Kalenderjahr 1996 über die neue Schlechtwettergeldregelung saisonale Unterbeschäftigung in der Größenordnung von 70 Mio Stunden aufgefangen⁴ und damit registrierte Arbeitslosigkeit vermieden. 1995 war mit der alten Schlechtwettergeldregelung ein Ausfallvolumen von knapp 80 Mio Stunden abgedeckt worden. Bezogen auf alle abhängig Beschäftigten brachte die Nachfolgeregelung 1996 für die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit eine Reduktion um 2,8 Stunden, etwas weniger als im Vorjahr.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die saisonale Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft in den zurückliegenden Jahren zum Teil in erheblich größerem Umfang durch vorübergehende Arbeitszeiteinschränkungen bei Aufrechterhaltung von Beschäftigungsverhältnissen gemildert wurde. In der Krise Mitte der siebziger Jahre reichte der Schlechtwettereffekt für die Arbeitszeit – bezogen auf alle abhängig Beschäftigten – von 4,9 Stunden (1975) bis 7,8 Stunden (1976); während der ebenfalls schwierigen Phase in der ersten Hälfte der achtziger Jahre betrug er mindestens 4,1 Stunden (1984) und höchstens 6,8 Stunden (1982). In Jahren guter Baukonjunktur entlastete die Schlechtwettergeldregelung noch deutlich mehr (bis zu 24 Stunden im Extremjahr 1963).

1.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1996 in den alten Bundesländern

Das Arbeitsangebot dürfte 1996 erneut in der Größenordnung von 0,1 Mio zugenommen haben, kaum weniger als in jedem der beiden Vorjahre (vgl. Tabellen 1 und 2a). Bei unserer Projektion vor einem Jahr hatten wir nur noch mit einem Anstieg um knapp 40 000 Personen kalkuliert.

Nach gegenwärtigem Informationsstand errechnet sich die genannte Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials folgendermaßen:

- demografischer Einfluß: -170 000 Personen,
- Erwerbsbeteiligung (Verhaltenskomponente): + 90 000 Personen,
- Wanderung: + 170 000 Personen,
- Pendler: unveränderter Saldo.

Einer aktualisierten Berechnung folgend geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (demographische Komponente) etwas langsamer zurück als bisher angenommen.

Der das Arbeitsangebot reduzierende demografische Einfluß – ein Ergebnis des säkularen Alterungsprozesses der einheimischen (deutschen) Bevölkerung – wurde gut zur Hälfte von der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen kompensiert. Deutlich expansive Wirkungen für das Arbeitsangebot brachte erneut der Wanderungssaldo mit dem Ausland. Der jahresdurchschnittliche Effekt belief sich 1996 auf 170 000 Personen. Die Binnenwanderung zwischen alten und neuen Bundesländern tendierte weiter zum Gleichgewicht.

² Vgl. Schnabel, C.: Krankenstand im internationalen Vergleich, in: iw-trends, 1/1996, S. 27ff.

³ Während für beschäftigte Bauarbeiter bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall bislang durchgängig Schlechtwettergeld gezahlt wurde, gibt es seit Anfang 1996 zeitlich gestufte Lohnersatzleistungen. Für die ersten 150 Ausfallstunden in der Schlechtwetterzeit (Januar bis März und November bis Dezember) zahlt das Baugewerbe eine Winterausfallgeld-Vorausleistung („Überbrückungsgeld“). Der Arbeitnehmer trägt davon ein Drittel, indem bis zu fünf Urlaubstage angerechnet werden. Die BA zahlt einen Zuschuß zur Winterausfallgeld-Vorausleistung. Ab der 151. witterungsbedingten Ausfallstunde zahlt die BA ein Winterausfallgeld. Idee der Neuregelung ist, die Kosten stärker dem Bereich anzulasten, in dem sie entstehen. Grundsätzlich ist damit ein Anreiz zu verstärkter Winterbautätigkeit verbunden. Je nach Marktlage verteilen sich Kosten und Erträge aus diesem Prozeß auf Bauarbeitgeber, Bauarbeiter, Bauherren und auf die BA.

⁴ War bisher für Finanzierung und Abwicklung des Schlechtwettergeldes ausschließlich die Bundesanstalt für Arbeit (BA) zuständig, so gilt seit Anfang 1996 eine kombinierte gesetzliche und tarifvertragliche Regelung. Bei der Berechnung des Ausfallvolumens werden jetzt nicht nur die Informationen berücksichtigt, soweit sie im Geschäftsgang bei der BA anfallen, sondern ebenso die Daten der zuständigen Stelle bei der Bauwirtschaft (Urlohs- und Lohnausgleichskasse des Baugewerbes).

Inwieweit das Arbeitsangebot in den alten Bundesländern im Jahr 1996 durch die verschiedenen „Außenbeziehungen“ beeinflusst wurde, wird im folgenden beschrieben.

Die Zuzüge von *Spätaussiedlern* beliefen sich auf 178 000 Personen, 40 000 weniger als 1995 (Angaben für Deutschland gesamt). Sie unterschritten damit den gesetzlich geregelten Rahmen von 225 000 Personen. Zur Abnahme mag Verschiedenes beigetragen haben: der ungünstige Arbeitsmarkt in Deutschland, Hoffnung auf eine bessere Lebenslage vor Ort, institutionelle Maßnahmen, wie der obligatorische Sprachtest vor der Erteilung eines Aufnahmebescheides. In die alten Bundesländer wurden 134 000 Personen (75 %) zugewiesen. Aus dieser Zuwanderung resultiert für 1996 – unter Berücksichtigung von Altersstruktur und Erwerbsneigung – ein zusätzliches Arbeitsangebot von 80 000 Personen.

Die Zahl der neu eingereisten *Asylbewerber* ging 1996 ebenfalls zurück, und zwar um gut 10 000 auf 116 000. Davon wurden in die westlichen Bundesländer 93 000 Personen (80 %) zugewiesen. Weniger Asylsuchende kamen insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien. Für die Zeit der Durchführung des Asylverfahrens erhält dieser Personenkreis ein Aufenthaltsrecht, verbunden mit einem grundsätzlichen Zugangsrecht zum Arbeitsmarkt.⁵ Deshalb werden Asylbewerber, die an einer Arbeitsaufnahme interessiert sind, zum Erwerbspersonenpotential gerechnet.⁶ Eine Erwerbstätigkeit können sie allerdings erst ausüben, wenn eine Arbeitserlaubnis vorliegt. Der Effekt der Asylzuwanderung für das Erwerbspersonenpotential betrug 1996 auf den Jahresdurchschnitt gerechnet 50 000 Personen. Auf der Seite der Abwanderung kam der für 1996 vorgesehene Beginn der Rückführung von Flüchtlingen aus dem früheren Jugoslawien noch nicht in Gang. Bei unserer Projektion für 1996 hatten wir angenommen, daß sich das Arbeitsangebot um 20 000 Personen verringern könnte. Reduzierende Wirkungen sind erst im Laufe des Jahres 1997 und später zu erwarten.

Die übrige Ausländerzuwanderung, in erster Linie Folge von Familienzusammenführungen, hat das Arbeitsangebot in der Größenordnung von 30 000 Personen ansteigen lassen, etwa wie im Vorjahr.

Neben der Wanderung, die mit der Verlegung des Hauptwohnsitzes verbunden ist und den Migranten zum Bestandteil der jeweiligen Wohnbevölkerung macht, wird das Erwerbspersonenpotential auch durch *Ein- und Auspendler* beeinflusst, die ihren Wohnsitz jenseits oder diesseits der Staatsgrenze während ihrer Beschäftigungsdauer beibehalten. Nach unserer Einschätzung brachten die verschiedenen Pendlerströme im Saldo für das Arbeitsangebot in den alten Bundesländern keine Veränderung.

Die größte Einzelkomponente stellen nach wie vor die Pendler aus den neuen Bundesländern (einschließlich Ost-Berlin), deren Zahl mit leicht steigender Tendenz im Jahresmittel 470 000 Personen erreichte. Auch der Gegenstrom in die neuen Bundesländer dürfte etwas zugenommen haben, auf gut 130 000 Personen. In den Pendlerbeziehungen zum Ausland gab es keine großen Veränderungen, so daß der positive Saldo von 30 000 Personen etwa dem des Vorjahres entsprach.

⁵ Während des Aufenthalts in einer Erstaufnahmeeinrichtung, die längstens bis zu drei Monate dauert, darf der Asylbewerber noch keine Erwerbstätigkeit ausüben.

⁶ Soweit sie sich beim Arbeitsamt melden, werden sie in der Statistik als nicht-arbeitslose Arbeitsuchende geführt. In unserer Arbeitsmarktbilanz bilden sie einen Teil der Stillen Reserve.

⁷ Vgl. Knipper, M.: Die Lage der Deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1996/1997, in: Wirtschaftsdienst 1996/12, S. 615.

Die Einpendlerzahlen umfassen auch *Saisonarbeitskräfte* aus dem Ausland, die vornehmlich im Garten-, Obst- und Weinbau eine Beschäftigung finden, und Grenzarbeitnehmer. Soweit es sich dabei um Staatsbürger aus Nicht-EU-Ländern handelt, bedürfen sie einer Arbeitserlaubnis. Insgesamt wurden 1996 knapp 200 000 Personen für eine Saisontätigkeit in Deutschland vermittelt, 12 % mehr als im Jahr zuvor. Bei einer geschätzten durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von zwei Monaten entspricht dies auf Jahresbasis einem Volumen von 33 000 Arbeitskräften.

Indirekt wird das inländische Arbeitsangebot auch durch ausländische *Werkvertragsarbeitnehmer* beeinflusst, deren Beschäftigung vor allem in der Bauwirtschaft von einiger Bedeutung ist. Allerdings bleiben in unserer Arbeitsmarktbilanz diese Erwerbstätigen unberücksichtigt, da ihre Produktionsleistung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Dienstleistungsimpport eingeht.

Freilich kann dieser Dienstleistungsimpport die Inlandsproduktion der Bauwirtschaft und die daraus resultierende Beschäftigung (Entstehungsseite des Inlandsprodukts) beeinflussen. Zwei Grenzfälle sind denkbar: Im Falle ausgelasteter sächlicher und personeller Kapazitäten bei der inländischen Bauwirtschaft kann ein entsprechender Dienstleistungsimpport das Angebot zusätzlich anreichern und entsprechend mehr Bauinvestitionen (Verwendungsseite des Sozialprodukts) bedeuten. Es tritt kein Substitutionseffekt, vielmehr ein Komplementäreffekt ein. Bei ausgeprägter Unterauslastung in der heimischen Bauwirtschaft aufgrund von Konjunktur- und Strukturschwäche und bei erheblichen Preisvorteilen des ausländischen Bauangebots für inländische Nachfrager von Bauleistungen kann der Import – im anderen Grenzfall - zu einer entsprechenden Substitution von Inlandsproduktion und -beschäftigung führen (Kürzung der Entstehungsseite des Inlandsprodukts). Auch Preis- und Kostenelastizitäten entscheiden mit darüber, wer die Nachfrage nach Bauleistungen deckt: Inlandsproduktion oder Dienstleistungsimpport. Bei der gegenwärtigen Konstellation dürfte der Substitutionseffekt mehr oder weniger deutlich überwiegen. Wir sehen aber keinen Weg, dazu gesicherte Berechnungen anzustellen. Nur einige partielle Informationen sind möglich.

Dies gilt zunächst für Werkvertragsarbeitnehmer aus mittel-osteuropäischen Ländern, die auf der Grundlage von Regierungsvereinbarungen in Deutschland arbeiten. Deren Zahl unterliegt einer Kontingentierung, die jährlich den sich ändernden Arbeitsmarktbedingungen in Deutschland angepaßt wird. So wurden die Kontingente zum 1. Oktober 1996 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um weitere 5 % auf 54 100 Personen reduziert. Im Jahresmittel 1996 waren 46 000 ausländische Arbeitnehmer auf Werkvertragsbasis von Unternehmen aus Kontingentländern beschäftigt, 7 % weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 6). Bemerkenswert ist der starke Rückgang der Beschäftigten im Baugewerbe (- 27 %).

Die Werkvertragsarbeit von Unternehmen aus EU-Ländern unterliegt aufgrund der Freizügigkeit keiner zahlenmäßigen Begrenzung. Was deren Größenordnung betrifft, ist man auf Schätzungen angewiesen. Für 1996 geht der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie von 210 000 Bauarbeitern aus EU-Ländern in Deutschland aus, darunter 135 000 auf westdeutschen Baustellen.⁷

Nach der Zahlungsbilanzstatistik ist der entsprechende Dienstleistungsimpport 1996 erstmals seit langem auf 2,1 Mrd. DM zurückgegangen (vgl. Tabelle 5). Die Anfang 1997 wirksam gewordene Mindestlohnregelung könnte zu einer weiteren Reduzierung dieser Einfuhr beitragen.

1.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1996 in den alten Bundesländern

Während die Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) 1996 um 0,3 Mio auf 28,2 Mio Personen sank, stieg das Arbeitsangebot um 0,1 Mio auf 33,4 Mio Personen. Damit vergrößerte sich der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials um knapp 0,4 Mio auf reichlich 5,2 Mio Personen (vgl. Tabelle 1).

Anders als im Vorjahr schlug die Verschlechterung auch bei der registrierten Arbeitslosigkeit deutlich zu Buche. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 2,8 Mio Personen, über 0,2 Mio mehr als im Jahr 1995. Die Stille Reserve nahm in ähnlicher Größenordnung auf über 2,4 Mio Personen zu.

Die Stille Reserve läßt sich zur besseren Durchleuchtung der Problemlage aufteilen: in einen Personenkreis, der nicht arbeitslos gemeldet ist, aber unter den gegebenen oder günstigeren Bedingungen arbeiten möchte (Stille Reserve i.e.S.), in einen anderen, der über verschiedene Maßnahmen mit dem Arbeitsamt schon oder noch im Kontakt steht, aber ebenfalls nicht arbeitslos gemeldet ist (Stille Reserve in Maßnahmen). Der letztgenannte Kreis ist statistisch präzise erfaßt, der erste errechnet sich dann als Restgröße bei gegebenen anderen Daten von Arbeitsangebot, Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) und registrierter Arbeitslosigkeit.⁸

Die Stille Reserve i.e.S. wuchs 1996 um etwa 150 000 auf 1,9 Mio Personen. Der überwiegende Teil des Anstiegs entfiel auf ausländische Arbeitskräfte. Bei der Stillen Reserve in Maßnahmen war nur eine geringfügige Zunahme auf 560 000 Personen zu verzeichnen, weil die Arbeitsmarktpolitik wenig ausgeweitet und sozialpolitisch motivierte Regelungen nach dem AFG nicht stärker in Anspruch genommen wurden als im Vorjahr.

1.2 Neue Bundesländer 1996

Der Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern hat sich spürbar verlangsamt, gänzlich ins Stocken geraten ist er aber wohl nicht. Maßgebend für die deutlich geringere Zunahme des BIP (+ 2 %, nach + 5¹/₂ % im Jahr 1995) war ein Rückschlag bei den Bauinvestitionen. Zwar verlor auch die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen an Schwung, die Entwicklung in diesen Bereichen blieb aber deutlich aufwärtsgerichtet. Mit Blick auf den Kapitalstock und das Entstehen neuer Arbeitsplätze ist wichtig, daß die Ausrüstungsinvestitionen das beachtliche Niveau des Vorjahres noch leicht übertrafen.

Dennoch kann nicht übersehen werden, daß die Entwicklung ein kritisches Stadium erreicht hat. Die erste Phase der Umstrukturierung, die mit erheblichen Anschubhilfen zu einem beachtlichen Wachstum führte, läuft aus. Durchgreifende Impulse, die den Aufholprozeß jetzt weitertragen, sind nicht hinreichend in Sicht. Dazu trägt auch die fortbestehende Lohn-Produktivitäts-Schere bei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der vergleichsweise geringen Produktivität Folge nachfragebedingter Unterauslastung moderner Produktionsanlagen ist. Eine Zeit lang mag mangelnder aktueller Rentabilität des in die Arbeitsplätze investierten Kapitals über steuerliche Anreize und positive Erwartungen aufgeholt

werden können. Aber je länger eine solche Lücke zwischen Arbeitsproduktivität und Löhnen besteht, desto weniger läßt sie sich überspielen. Vor allem behindert sie das Engagement für neue Vorhaben und Erweiterungen.

1.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1996 in den neuen Bundesländern

Vor allem wegen des bescheidenen Produktionswachstums verschlechterte sich die Beschäftigungssituation spürbar. Im Jahresdurchschnitt 1996 nahm die Erwerbstätigkeit insgesamt um 0,1 Mio auf knapp 6,3 Mio Personen ab (vgl. Tabelle 1). Der Rückgang bei der abhängigen Beschäftigung - sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, Beamte, geringfügig Beschäftigte - ging etwas darüber hinaus. Auf der anderen Seite nahm die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden leicht um etwa 15 000 auf ungefähr 540 000 Personen zu. Wie auch die Betriebsnummernvergabe im Rahmen des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung zeigt, ist das Gründungsgeschehen weiterhin lebhaft; allerdings steht dem eine stark angestiegene Zahl an Betriebsaufgaben gegenüber.

Bei den Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen (ABM und Maßnahmen nach § 249 h AFG) konnte das Niveau des Vorjahres nicht ganz gehalten werden. Mittelbare Wirkungen eingeschlossen, brachten sie dennoch jeweils einen Beschäftigungseffekt von annähernd 0,4 Mio Personen. Damit dürften diese Maßnahmen die Veränderung der Erwerbstätigkeit (1996/95: - 0,1 Mio) weder expansiv noch kontraktiv beeinflussen haben. Für das Niveau der Gesamtbeschäftigung in den neuen Bundesländern (knapp 6,3 Mio) spielen sie nach wie vor eine beachtliche Rolle.

Die jahresdurchschnittliche Betrachtung zur Erwerbstätigkeit verdeckt eine deutliche Verschlechterung im Jahresverlauf. Schaltet man den Sondereinfluß des strengen und langen Winters aus, so dürfte die Gesamtbeschäftigung Anfang 1996 den entsprechenden Vorjahresstand um 50 000, Ende 1996 aber um 150 000 Personen unterschritten haben. Der daraus resultierende rechnerische Überhang fällt für die Jahresprojektion 1997 ins Gewicht.

Der Umschwung bei der Erwerbstätigkeit vom Besseren zum Schlechteren ist zum einem das Ergebnis der nachlassenden Entwicklung in der Bauwirtschaft und hier vor allem im Bauhauptgewerbe.

Ähnlich stark fällt ins Gewicht, daß die Dienstleistungsunternehmen, die in den vergangenen Jahren eine beachtliche Beschäftigungsexpansion verzeichneten und neben der Bauwirtschaft maßgebend zum Anstieg der Gesamterwerbstätigkeit 1994/95 beigetragen hatten, im Verlauf des Jahres 1996 zunehmend weniger eine Gegenkraft zur allgemein rückläufigen Beschäftigung bildeten. Offensichtlich ist auch von den personellen Kapazitäten her mehr und mehr ein „Versorgungsniveau“ für unternehmens- und haushaltsbezogene Dienstleistungen erreicht, das weitgehend zum aktuellen Niveau des wirtschaftlichen Standards „paßt“.

Im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Energie und Bergbau), wo das Jahr 1995 Hoffnung auf ein allmähliches Auslaufen des Personalabbaus gemacht hatte, blieb es bei der Abwärtsbewegung. Im Verlauf des Jahres 1996 setzte sich der Beschäftigungsrückgang sogar beschleunigt fort, nicht zuletzt im Zusammenhang mit abnehmenden Zulieferungen an die Bauwirtschaft. Die weiterhin durch alle Branchen laufenden Rationalisierungsbemühungen, mit dem Ziel, den Kostendruck zu mildern und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, wirkten ebenfalls beschäftigungssenkend.

⁸ Eine weitergehende Beschreibung zum Personenkreis der Stillen Reserve findet sich im vorangegangenen Projektionsaufsatz. Vgl. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt 1995 und 1996 in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 1/96, S. 11 - 12.

1.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1996 in den neuen Bundesländern

Die Abnahme des Arbeitsangebots hielt auch 1996 an. Nach unseren Berechnungen war das Erwerbspersonenpotential um 130 000 Personen geringer als 1995. Damit blieb der Rückgang im Rahmen der letzten Jahre (vgl. Tabellen 1 und 2b).

Auch die jüngste Entwicklung ist das Ergebnis leicht rückläufiger Erwerbsneigung, weiter steigender Bildungsbeteiligung der jüngeren Jahrgänge und einer abnehmenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dem standen erhöhende Einflüsse aus der Wanderung, insbesondere durch Spätaussiedler und Asylbewerber, gegenüber.

Was die viel diskutierte Entwicklung der Erwerbsneigung, insbesondere der weiblichen Bevölkerung, betrifft, kommen neuere Untersuchungen⁹ zu keinen grundsätzlich anderen Befunden als frühere Erhebungen¹⁰. Somit gilt weiterhin, daß sich die Verhaltensweisen nicht sprunghaft ändern, sondern nur ganz allmählich. „Auf die reduzierten Beschäftigungsmöglichkeiten reagierten Frauen nicht mit verstärktem Rückzug aus dem Arbeitsleben.“¹¹

In der individuellen Lebensplanung der Frauen in Ostdeutschland hat die Erwerbstätigkeit nach wie vor einen erheblich höheren Stellenwert als bei den Frauen in Westdeutschland. Eine IAB-Befragung ergab, daß 1995 ein Viertel aller ostdeutschen Frauen im Alter von 18 bis unter 60 Jahren arbeitsuchend bzw. arbeitslos gemeldet waren. Weitere 2 % aller Frauen suchen zwar gegenwärtig keine Arbeit, wären aber grundsätzlich gerne berufstätig. Lediglich 6 % der befragten Frauen (hochgerechnet 270 000) sind nicht an einer Berufstätigkeit interessiert.¹² Wie 1991 waren auch 1995 nahezu 90 % der 18- bis 60jährigen Frauen erwerbstätig oder arbeitsuchend.

Eine weitere Untersuchung zur Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in West- und Ostdeutschland, die auf der Basis von altersspezifischen Erwerbsquoten aus Ergebnissen des Mikrozensus, des Arbeitsmarkt-Monitors sowie des Sozioökonomischen Panels vorgenommen wurde, kommt zu ähnlichen Ergebnissen.¹³ Auch danach hat die Erwerbsneigung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern seit dem Systemwechsel nur wenig abgenommen. Ein (zeitweiliger) Rückzug aus dem Erwerbsleben erfolgte im wesentlichen nur im Zusammenhang mit dem Einsatz arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Instrumente (Vorruhestandsregelungen, Weiterbildung). Ausnahmen bilden die jüngeren Altersgruppen (15 bis 19 Jahre, 20 bis 25 Jahre), in denen sich die steigende Bildungsbeteiligung (längerer Besuch allgemeinbildender Schulen, Studium) niederschlägt.

⁹ Vgl. Magvas, E.: Zur Erwerbsbeteiligung im Bundesgebiet Ost im Vergleich zum Bundesgebiet West, Oktober 1996, unveröffentlichtes Manuskript.

Engelbrech, G., Gruber, H., Jungkunst, M.: Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in diesem Heft.

Holst, E., Schupp, J.: Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung, in: DWI-Wochenbericht, Nr.28/96, S. 461-469

Trabert, L.: Verdeckte Arbeitslosigkeit in West- und Ostdeutschland: Die Bedeutung der Stillen Reserve, in: Wirtschaft im Wandel, Nr. 1/1997, S. 3-8

¹⁰ vgl. z.B. Engelbrech, G.: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Einstellungen ostdeutscher Frauen zur Erwerbstätigkeit zwei Jahre nach der Wende – Ergebnisse einer Befragung, IAB-Werkstattbericht 8/1993

¹¹ Engelbrech, G. u.a.: a.a.O.

¹² Vgl. Engelbrech, G., u.a.: a.a.O.

¹³ Vgl. Magvas, E.: a.a.O.

1.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1996 in den neuen Bundesländern

Sowohl die Arbeitsnachfrage als auch das Arbeitsangebot waren 1996 rückläufig. Weil aber das Arbeitsangebot stärker abnahm (- 130 000) als die Arbeitsnachfrage (- 110 000), hat sich der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials leicht ermäßigt (- 20 000). Das ändert freilich nichts am gravierenden Ausmaß der Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern: Während sich das Arbeitsangebot auf 8,3 Mio Personen belief, erreichte die Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) nur eine Größenordnung von 6,3 Mio Personen (vgl. Tabelle 1).

Obwohl der nichtbeschäftigte Teil des Potentials, wie gesagt, etwas zurückging, stieg die registrierte Arbeitslosigkeit deutlich. Sie erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 1996 um 120 000 auf 1,17 Mio Personen. Von Einfluß darauf war zweierlei: Zum einen verringerte sich der Personenkreis der Stillen Reserve in Maßnahmen weiterhin spürbar, zum anderen nahm die Stille Reserve i.e.S. nicht mehr zu, vor allem wohl, weil der Übergang dorthin weitgehend zum Stillstand kam.

Ursächlich für die spürbar veränderte Verteilung des nichtbeschäftigten Potentials auf die drei Konten registrierte Arbeitslosigkeit, Stille Reserve i.e.S. und Stille Reserve in Maßnahmen sind vor allem die auslaufenden Vorruhestandsregelungen (Altersübergangsgeld, Vorruhestandsgeld). Einerseits wechselt der Personenkreis, der diese Möglichkeiten in Anspruch nehmen konnte, mit Erreichen der Altersgrenze vom Erwerbspersonenpotential zum Nichterwerbspersonenpotential, wächst also aus der Stillen Reserve heraus. Andererseits können die nachrückenden Jahrgänge, soweit sie ihren Arbeitsplatz verlieren und sich beim Arbeitsamt melden, nicht mehr in die Stille Reserve des Vorruhestands einmünden, und werden damit als Arbeitslose registriert.

Zwar besteht die Möglichkeit, die Regelung nach § 105c AFG in Anspruch zu nehmen, wonach Ältere nicht mehr uneingeschränkt der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen müssen und dann auch nicht als arbeitslos geführt werden; davon wird aber bisher – auch wenn die entsprechende Zahl steigt – nur in verhältnismäßig geringem Umfang Gebrauch gemacht (Jahresdurchschnitt 1996: knapp 30 000). Jedenfalls blieben die daraus resultierenden Einmündungen in die Stille Reserve weit hinter den Ausmündungen wegen beendeten Vorruhestands und anschließenden Übergangs in die Altersrente zurück. Die Entwicklung bei den älteren Arbeitslosen belegt diese Veränderungen. Im Jahresdurchschnitt 1996 belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren oder älter auf 220 000, gegenüber dem Vorjahr ist dies ein weit überdurchschnittlicher Anstieg um 85 000 oder 39 %.

Alles in allem belief sich die Stille Reserve in Maßnahmen auf 0,5 Mio Personen, knapp 0,2 Mio weniger als 1995. Die Stille Reserve i.e.S. verharrte in der Größenordnung von 0,4 Mio Personen.

2 Die Perspektiven 1997

Die Wirtschaft entwickelte sich in den ersten Monaten des Jahres verhalten. Die Aussichten dafür, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen, sind aber angesichts aktuell günstiger weltwirtschaftlicher und binnenwirtschaftlicher Bedingungen nicht schlecht. Dafür stehen eine lebhaftere Außennachfrage zusammen mit einer Korrektur des zuvor übersteigerten Wechselkurses der DM, relativ niedrige Realzinsen, annähernd stabile Preise sowie

verbesserte Unternehmenserträge und eine moderate Lohnentwicklung. Allerdings können von der Konsolidierung bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen über weniger Staatsverbrauch und vor allem wegen geringerer öffentlicher Investitionen auch dämpfende Effekte ausgehen. Speziell auf die kurze Sicht darf dieser tendenziell hemmende Einfluß nicht ausgeblendet werden.¹⁴

Was die betrieblichen Angebotsbedingungen betrifft, wirkt positiv, daß die Unternehmen in den letzten Jahren ihre Betriebe und Produktionsprogramme energisch restrukturiert haben. Diese Modernisierung, die zunächst in vielen Fällen mit schmerzhaftem Arbeitsplatzabbau verbunden war, kann zusammen mit einer wieder lebhafteren Gesamtnachfrage allmählich Früchte tragen, für ein Mehr an Produktion und – mit Zeitverzögerung – auch wieder für wachsende Beschäftigung.

Auf der anderen Seite besteht aber noch erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der längerfristig wirksamen Rahmenbedingungen und wegen ungelöster Strukturprobleme. Der Attentismus bei den Investitionen, vor allem soweit sie auf Erweiterungen zielen, könnte allerdings nachlassen, wenn die Reformen in der Steuer- und Sozialpolitik rasch zustande kämen und dabei u. a. Signale für eine niedrigere Abgabenbelastung gesetzt würden. Zusammen mit den guten konjunkturellen Voraussetzungen könnten sich dann die Chancen für eine Verstärkung des Wachstums merklich bessern.

Alles in allem schätzt das IAB die Unsicherheiten für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr, also auf die kurze Sicht, geringer ein als bei der vorangegangenen Projektion für 1996. Die Bandbreite für die mögliche Zunahme des BIP könnte nach unseren Vorstellungen zwischen knapp 1³/₄ % und 2³/₄ % liegen. Sie ist das zusammengefaßte Ergebnis nach wie vor getrennter Rechnungen für die alten und für die neuen Bundesländer.

Eine Entwicklung am unteren Rand wäre auf den Jahresverlauf gleichbedeutend mit Stagnation. Dazu könnte es kommen, wenn der Konsolidierungskurs des Staates doch stärker dämpfend wirkt und die internen strukturellen Probleme weiterhin stark bremsen. Eine Entwicklung am oberen Rand würde eine kräftige Expansion bedeuten, auch schon mit stärkerer interner Komponente. Aus gegenwärtiger Sicht ist ein Wachstum am unteren wie am oberen Grenzwert eher unwahrscheinlich. Viel mehr spricht für eine mittlere Zunahme der Produktion; auch dahinter stünde eine konjunkturelle Erholung.

2.1 Alte Bundesländer 1997

Die Wirtschaft in den alten Bundesländern wird aufgrund ihrer breiten Exportbasis von der Belebung der Außennachfrage profitieren. Allerdings sind die davon ausgehenden Impulse für Wertschöpfung und Beschäftigung nicht mehr so

groß wie in den zurückliegenden Zeiten. Das verdeutlicht der Außenbeitrag, der den für die inländische Produktion und den Arbeitsmarkt entscheidenden Saldo von Export und Import ausdrückt und nicht nur beim Warenhandel stehen bleibt, sondern die Dienstleistungen einbezieht. Während sich der Außenbeitrag im Durchschnitt der achtziger Jahre auf 5 % des BIP belief, wird er 1997 kaum 1 % erreichen. Dabei sind Preisveränderungen, die das Bild verfälschen würden, herausgerechnet.

Größere Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der inländischen Investitionsnachfrage. Zwar besteht allgemeine Übereinstimmung, daß es zu einer Erholung kommt, aber das Ausmaß der Aufwärtsentwicklung wird durchaus unterschiedlich eingeschätzt. Die Verbrauchsnachfrage der privaten Haushalte dürfte sich weiterhin moderat entwickeln und etwa im Ausmaß des Vorjahres zunehmen. Ziemlich sicher ist, daß der Staatsverbrauch aufgrund der Sparpolitik 1997 nur wenig zum Wachstum beitragen wird.

Das IAB legt seinen Arbeitsmarktprojektionen für die alten Bundesländer Zunahmen des BIP von 1,75 %, 2,25 % und 2,75 % zugrunde. Untere und obere Variante sind als Grenzen eines Korridors zu verstehen, innerhalb dessen die Entwicklung verlaufen könnte. Aus gegenwärtiger Sicht halten wir einen Anstieg des BIP um den Mittelwert von 2,25 % für wahrscheinlich.

2.1.1. Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1997 in den alten Bundesländern

Makroökonomisch wird die Arbeitsnachfrage durch das simultane Zusammenspiel von Wirtschaftswachstum, Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Veränderung der Arbeitszeit bestimmt, wobei sich grundsätzlich alle Größen gegenseitig beeinflussen. Wie wir uns das Ergebnis dieses Wirkungsmechanismus auf die einzelnen Aggregate vorstellen, ist für alle Varianten der Tabelle 1 zu entnehmen.

Für den Fall unserer mittleren Variante rechnen wir für die Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) mit einem Rückgang um reichlich 0,2 Mio Personen im Jahresdurchschnitt, bei einem BIP-Wachstum um 2,25 %, einem Anstieg der Arbeitsproduktivität um gut 3 % und annähernd gleichbleibender Arbeitszeit. Eine jahresdurchschnittliche Abnahme der Erwerbstätigkeit in der genannten Größenordnung bedeutet eine allmähliche Stabilisierung der Beschäftigung im Jahresverlauf. Dahinter steht auch die Annahme, daß die konjunkturelle Aufwärtstendenz über 1997 hinaus trägt und sich festigt, wofür es Hinweise gibt.

Zu unseren Überlegungen im einzelnen:

Die *Arbeitsproduktivität* – gemessen als gesamtwirtschaftliches Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde – wird 1997 kräftig steigen. Viele Einzelbeobachtungen quer durch alle Branchen stützen eine solche Erwartung. Vor allem die fortschreitende internationale Verflechtung der Waren- und Dienstleistungsmärkte und das Bestreben, die Kosten in Schach zu halten und die Rentabilität zu verbessern, veranlassen die Wirtschaft, Prozeß- und Produktinnovation voranzutreiben. In die gleiche Richtung wirkt der Abbau überkommener Produktlinien. Darüber hinaus wird sich 1997 bei der angenommenen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2¹/₄ % die Kapazitätsauslastung erhöhen. Erfahrungsgemäß ist damit ebenfalls eine Steigerungstendenz bei der Arbeitsproduktivität verbunden. Umgekehrt wirkt der allmählich nachlassende Personalabbau in manchen Wirt-

¹⁴ Ganz einheitlich wird der dämpfende Effekt der staatlichen Konsolidierung in der aktuellen Diskussion allerdings nicht gesehen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) z. B. betont den dämpfenden Einfluß nachdrücklich. Vgl.: DIW Wochenbericht 1-2/97 v. 9.1.1997, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung, S. 28ff. Etwas zurückhaltender zu diesem Punkt äußern sich das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und das ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Sie halten expansive Gegenkräfte aufgrund verbesserter Erwartungen von Investoren und Konsumenten für möglich, ifo sogar bereits auf die kurze Sicht. Vgl. RWI-Konjunkturberichte, Jg. 47 (1996), Heft 2, S. 160f. - Aktualisierte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 1996, abgedruckt u. a. in: ifo Dresden, Jg. 4 (1997), Heft 1, S. 8f.

schaftszweigen dämpfend; stark dürfte dieser Effekt aber nicht ins Gewicht fallen. Nimmt man die verschiedenen Komponenten zusammen, könnte nach unserer Einschätzung das Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde – über den mittelfristigen Trend hinaus – um gut 3 % steigen.

Besondere Probleme wirft die Vorausschätzung der *Arbeitszeit* auf. An die Stelle standardisierter Muster treten zunehmend flexible Regelungen. Nicht nur von Tarifvertragsbereich zu Tarifvertragsbereich wird das Bild immer differenzierter, auch innerhalb eines Betriebes fächert sich die Arbeitszeitgestaltung immer mehr auf. All dies bedeutet nicht nur ein handicap für die statistische Erfassung ex post, es erschwert auch eine Prognose. Hinzu kommen besondere Unsicherheiten über die Entwicklung des Krankenstandes und der witterungsbedingten Arbeitsausfälle. In unsere Vorausschätzung fließen deshalb nicht nur Erfahrungswerte und erkennbare Tendenzen sondern auch schlichte Annahmen ein.

Für den Fall unserer mittleren Wachstumsvariante rechnen wir, wie gesagt, damit, daß sich die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen kaum verändern wird. Im folgenden werden die Schritte beschrieben, die uns zu diesem Ansatz geführt haben.

Zunächst einmal wird die Zahl der Arbeitstage 1997, nach einem Schaltjahr, leicht abnehmen. Hierbei schlägt ein Kalendertag weniger zu Buche, der durch die etwas geringere Zahl an Feiertagen nur zur Hälfte kompensiert wird.

Die *tarifliche Wochenarbeitszeit* wird im Laufe des Jahres 1997 in verschiedenen regionalen Fachbereichen – u.a. Holz- und Papierverarbeitung, Kraftfahrzeuggewerbe, Hotel- und Gaststättenbereich – für rd. $\frac{1}{2}$ Mio Beschäftigte um durchschnittlich 0,35 Stunden verkürzt. Auf alle Arbeitnehmer bezogen fällt dieser Rückgang im Jahresdurchschnitt nicht nennenswert ins Gewicht. Rechnerisch wirken einige Überhänge aus den im Vorjahr in Kraft getretenen Verkürzungen auf eine geringfügige Abnahme hin.

Wie sich indes die in wachsender Zahl vereinbarten Arbeitszeitkorridore auf die praktizierte tarifliche Wochenarbeitszeit auswirken, ist schwer zu sagen. Angesichts der sich etwas erholenden Konjunktur – und aufgrund der Erfahrungen für die letzten Jahre – erwarten wir nicht, daß aus besagten Regelungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein arbeitszeitensenkender Effekt resultiert. Wir unterstellen aber auch nicht, daß die vereinbarten Flexibilitätsspielräume jetzt nach oben ausgeschöpft werden. Dazu ist bei der zugrundeliegenden mittleren Wachstumsvariante der konjunkturelle Impuls nicht stark und umfassend genug. Insgesamt gesehen rechnen wir damit, daß von den Möglichkeiten, die tarifliche Wochenarbeitszeit zu variieren, 1997 weder arbeitszeitverkürzende noch -verlängernde Wirkungen ausgehen.

Der *Jahresurlaub* dürfte erneut etwas abnehmen, weil ab 1997 der zweite sog. freie Arbeitstag für Beamte entfällt und Arbeitnehmer, für die das geänderte Lohnfortzahlungsgesetz gilt, im Krankheitsfall zum Einkommenserhalt auf Urlaubstage verzichten (dazu weiter unten). Wir müssen einräumen, daß der von uns angenommene Rückgang der Urlaubstage – auf alle Arbeitnehmer bezogen – um 0,1 Tage Setzungscharakter hat. Kommt es so, würde dies einen Effekt bei der Jahresarbeitszeit um + 0,1 % bedeuten.

Der Trend zur *freiwilligen Teilzeitarbeit* hält an. So dürfte die Teilzeitquote, also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten, von 19 % im Vorjahr auf 19,5 % steigen. Bezogen auf alle Arbeitnehmer bedeutet dies einen Effekt für die durchschnittliche Arbeitszeit von - 0,2 %.

Beschäftigungssichernde Maßnahmen der Arbeitszeitpolitik im Sinne „akzeptierter“ *Teilzeitarbeit*, mit der wir ausschließlich vorübergehende Abweichungen von der tariflichen Arbeitszeit „nach unten“ erfassen, werden ihren Rang behalten. Dort, wo es bei wieder günstiger Auftragslage besser läuft, könnten sie zwar an Bedeutung verlieren; angesichts einer vorerst nicht durchgreifenden Belegung werden sie bei Betrieben, die noch im Konjunkturschatten liegen, weiterhin eine Rolle spielen oder neu eingeführt werden. Nach unseren Vorstellungen könnten sich diese gegenläufigen Prozesse ausgleichen, mit dem Ergebnis, daß von daher die Arbeitszeit nicht verändert wird.

Mit spezifischen Unsicherheiten ist in diesem Jahr die Prognose des *Krankenstands* verbunden. Der anhaltend schwierige Arbeitsmarkt, das neue Lohnfortzahlungsgesetz und andere strukturelle Faktoren könnten weiterhin auf Senkung hinwirken. Für solche Effekte spricht der deutliche Rückgang der Krankenquote in den ersten drei Monaten. Diese lag nach vorläufigen Berechnungen im Durchschnitt des ersten Quartals mit 4,5 % um 1,1 %-Punkte niedriger als 1996. Wie es weitergehen wird, hängt auch davon ab, wieviele Tarifverträge abgeschlossen werden, die für die Beschäftigten günstigere Konditionen bieten als das Gesetz. Dabei ist zu bedenken, daß auch in Tarifbereichen, für die eine volle Lohnfortzahlung jetzt festgeschrieben ist, andere Formen der Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall (wie teilweise Anrechnung auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld) vereinbart wurden.

Wir gehen davon aus, daß sich der Rückgang des Krankenstandes in den nächsten Monaten noch fortsetzt, allerdings deutlich verlangsamt. D.h., er wird im Verlauf dieses Jahres den Stand von 1996 zunehmend weniger unterschreiten. In unsere Vorausschätzung setzen wir eine jahresdurchschnittliche Quote von knapp 4,2 % ein, das sind 0,5 %-Punkte weniger als im Vorjahr. Kommt es so, verringert sich die krankheitsbedingte Abwesenheit nochmals um einen Arbeitstag. Daraus resultiert dann ein Effekt für die geleistete Jahresarbeitszeit auf alle Arbeitnehmer bezogen um $+1/2$ %.

Darüber hinaus ist eine Option im neuen Lohnfortzahlungsgesetz für die Arbeitszeit relevant. Das Gesetz sieht jetzt auch vor, daß Krankheitszeiten einkommensneutral durch Einbringen von Urlaubstagen kompensiert werden können (entsprechend der im Gesetz vorgesehenen Kürzung der Lohnfortzahlung um 20 %: ein Urlaubstag für fünf Krankheitstage). Wir kennen nicht die Zahl der Arbeitnehmer, die vor dieser Alternative stehen, weil unklar ist, für wieviele Personen das Lohnfortzahlungsgesetz gelten wird und für wieviele diesbezüglich günstigere Tarifverträge zum Tragen kommen. Es gibt aber auch bereits einige Tarifverträge, in denen der Grundgedanke dieser Kompensation aufgegriffen wurde.

In Bereichen, wo die gesetzlichen oder modifizierte tarifvertragliche Regelungen angewendet werden, kann dies ebenfalls auf eine Verlängerung der Arbeitszeit hinauslaufen, weil dann Urlaubstage entfallen können. Wieweit die einbezogenen Arbeitnehmer von dieser Kompensationsmöglichkeit Gebrauch machen, ist mangels entsprechender Erfahrungswerte schwer zu sagen. Für den einzelnen Arbeitnehmer geht es um eine Grenznutzenabwägung zwischen den Wahlmöglichkeiten weniger Urlaub bei gleichbleibendem Lohn einerseits und gleichbleibendem Urlaub bei weniger Lohn andererseits. Angesichts der Unsicherheiten, welche praktische Bedeutung die Kompensationsmöglichkeit erlangen wird, haben wir in unsere Rechnung einen geringfügigen Kürzungseffekt für den Urlaub im Durchschnitt aller Arbeitnehmer eingestellt – mehr

als quantitativen Merkposten als im Sinne einer Wahrscheinlichkeitsprognose.

Wenn der Krankenstand 1997 erneut sinkt, dann fragt sich, welche Wirkungen auf weitere Größen des ökonomischen Prozesses und damit auf das Arbeitsmarktgeschehen ausgehen. Von Bedeutung ist dabei, ob es sich um eine vorübergehende Veränderung handelt oder um einen Rückgang von längerer Dauer. Abschließendes läßt sich dazu gegenwärtig nicht sagen, auch weil wir die Ursachen für die Abnahme nicht präzise ausmachen können. Insofern kann die Antwort nur hypothetisch für den einen oder den anderen Fall gegeben werden.

Handelt es sich um einen vorübergehenden Vorgang, der in absehbarer Zeit wieder von einem Anstieg auf das alte Niveau abgelöst wird, werden sich die Auswirkungen in engen Grenzen halten. Das würde auf die kurze Sicht auch dann gelten, wenn die Unternehmen in ihren Erwartungen von einem vorübergehenden Ereignis ausgehen, selbst wenn sich die Senkung des Krankenstands als dauerhaft herausstellen sollte.

Grundsätzlich sind verschiedene Reaktionen möglich, wobei in der Reihenfolge der Anstöße keine Gewichtung zu sehen ist:

(1) Das zusätzliche verfügbare Arbeitsvolumen kann dort zu mehr Produktion führen, wo Auftragsbestände rascher abgearbeitet werden können oder wo die Nachfrage keine gegebene Größe ist (z.B. in Teilbereichen des Handwerks).

(2) Über geringere Fehlzeiten können Mehrarbeitsstunden vermieden werden, ohne daß sich am Produktionsvolumen etwas ändert. Ein solcher Effekt ist speziell in Kleinbetrieben möglich, wo traditionell überproportional Mehrarbeit geleistet wird.

(3) Die Arbeitsproduktivität steigt etwas langsamer als bei gleichgebliebenem Krankenstand, weil die personellen und organisatorischen Dispositionen im Betriebsablauf nicht von heute auf morgen auf den niedrigeren Krankenstand eingestellt werden. Aus dem gleichen Grund könnte es zu mehr Kurzarbeit kommen.

(4) Produktion, Arbeitszeit (Mehrarbeit, Kurzarbeit) und Arbeitsproduktivität erfahren durch die geringeren Fehlzeiten keine Veränderungen. Dann führt der gesunkene Krankenstand zu einer geringeren Beschäftigtenzahl, sei es, daß Einstellungen vermieden oder aufgeschoben werden oder daß Personal abgebaut wird.

Wir nehmen an, daß jede dieser Folgewirkungen eine Rolle spielen wird, sehen aber keine Möglichkeit, sie zu gewichten und in unserem Rechenwerk gesondert zu berücksichtigen. Dementsprechend kann auch nicht der kurzfristige Kostenentlastungseffekt angegeben werden, der mit den vorstehend beschriebenen Veränderungen verbunden ist.¹⁵

Handelt es sich bei dem gesunkenen Krankenstand dagegen um eine Veränderung, die Bestand hat, so können weiterge-

hende Wirkungen eintreten, weil dann die Unternehmen auch ihre längerfristigen Dispositionen darauf einstellen. Eine dauerhafte Senkung des Krankenstands bedeutet niedrigere Kosten und/oder höhere Erträge und damit günstigere Angebotsbedingungen, einzelwirtschaftlich wie gesamtwirtschaftlich. Je nach Lohnkostenanteil und Verteilung des gesunkenen Krankenstands auf die Betriebe verbessert dies die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Ertragslage und kann in Teilbereichen ein Mehr an Produktion und an Investitionen anstoßen. Daraus würde letztlich zusätzliches Wachstum und zusätzliche Beschäftigung resultieren.

Dies ist eine isolierte Betrachtung, die ausschließlich die Anstöße eines längerfristig niedrigeren Krankenstands skizziert. Letztlich hängt es von der gesamten Kosten- und Nachfragesituation ab, ob die vorstehend angedeuteten Effekte zum Tragen kommen. Ein weiteres ist zu bedenken: Sollte ein gesunkener Krankenstand um den Preis eines schlechteren Gesundheitszustandes des Humankapitals erkaufte sein, sei es daß Krankmeldungen unterbleiben, sei es daß Erkrankungen nicht hinreichend ausgeheilt werden, müßten solche negativen Wirkungen bei einer Bilanzierung gegengerechnet werden. – Soweit einige Überlegungen zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung eines gesunkenen Krankenstandes, denen im Rahmen dieser Arbeitsmarktprojektion nicht weiter nachgegangen werden kann.

Erneut fällt es schwer, das *witterungsbedingte Ausfallvolumen im Baugewerbe* zu beziffern. Zum einen sind hinreichende Daten für die ersten Monate dieses Jahres noch nicht verfügbar, zum anderen steht erneut eine Änderung des entsprechenden Tarifvertrags an, die mit Beginn der Schlechtwetterzeit 1997/98 in Kraft treten soll. Gravierend fällt allerdings die Unsicherheit über die Neuregelung noch nicht ins Gewicht, weil erfahrungsgemäß die Monate November und Dezember das Ergebnis weit weniger prägen als das folgende erste Quartal eines Jahres. Mangels besserer Hypothesen rechnen wir mit einem Ausfallvolumen wie im Vorjahr.

Die *Kurzarbeit* könnte in der Größenordnung des Vorjahres liegen (0,2 Mio Personen). Wegen der konjunkturellen Erholung im Verarbeitenden Gewerbe werden die vorübergehenden Arbeitszeiteinschränkungen in diesem Bereich zurückgehen. Weil sich aber die Auftragslage noch nicht durchgreifend bessert, wird die Kurzarbeit in Teilbereichen der Industrie durchaus Bedeutung behalten. Aufgrund der anhaltenden Krise in der Bauwirtschaft dürfte deren Kurzarbeiterzahl den Vorjahresstand leicht übersteigen.

Trotz leicht beschleunigter Produktionsausdehnung rechnen wir insgesamt nicht mit einem Anstieg der *Mehrarbeitsstunden*. Einer gewissen Zunahme im Verarbeitenden Gewerbe, und dort in erster Linie in kleineren Betrieben, wird nämlich eine sinkende Überstundenzahl in der Bauwirtschaft gegenüberstehen. Im übrigen wirkt die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten einem Anstieg der Mehrarbeitsstunden entgegen.

In Tabelle 4a sind die Wirkungen der einzelnen Komponenten für die Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten zusammengetragen. Bei den Selbständigen und Mithelfenden, deren Arbeitszeit wir in erster Linie auf den Mikrozensus stützen, erwarten wir im Jahr 1997 einen Rückgang der Arbeitszeit um 0,2 %. Die Veränderungen bei Selbständigen und Abhängigen zusammengewichtet bedeutet dann eine geringfügige Abnahme.

Bei der beschriebenen Entwicklung von BIP (+ 2¹/₄ %) , Arbeitsproduktivität (gut + 3 %) und nahezu unveränderter Ar-

¹⁵ Wir können auch nicht die Kostenentlastung beziffern, die aus der verringerten Lohnfortzahlung für Kranke resultiert, weil wir weder die Zahl der einbezogenen erkrankten Arbeitnehmer noch die konkrete Ausgestaltung des finanziellen Abschlags kennen. Auch in Bereichen mit voller Lohnfortzahlung kann es mittelbar zu Kostenentlastungseffekten gekommen sein, wenn bei Tarifverträgen die Intentionen des Lohnfortzahlungsgesetzes - quasi im „Paket“ - einbezogen wurden. – vgl. auch Emmerich, K., Walwei, U., Zika, G.: Beschäftigungsförderung durch Rechtsänderung: Aktuelle Beispiele (erscheint demnächst im Wirtschaftsdienst des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg)

beitszeit je Erwerbstätigen sinkt die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um reichlich 0,2 Mio Personen oder $\frac{3}{4}$ %.

Im Zusammenhang mit der konjunkturellen Besserung wird sich der Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe verlangsamen, absolut fällt er aber weiterhin ins Gewicht (- 0,2 Mio, nach - 0,3 Mio im Jahr 1996). Nach dem Einbruch im Vorjahr wird die Bautätigkeit angesichts bis zuletzt ungünstiger Auftragseingänge im laufenden Jahr höchstens den Stand von 1996 erreichen. Zusammen mit verstärkten Rationalisierungsanstrengungen könnte die Erwerbstätigkeit im Bauhaupt- und Baunebengewerbe 1997 nochmals um knapp 0,1 Mio sinken. Ausschließlich der Dienstleistungssektor dürfte Beschäftigungsgewinne in der Größenordnung von 0,1 Mio Personen verzeichnen.

2.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1997 in den alten Bundesländern

Auch für das laufende Jahr ist mit einer weiteren Zunahme des Arbeitsangebots zu rechnen. Mit schätzungsweise 50 000 Personen wären es nur halb soviel wie 1996 (vgl. Tabellen 1 und 2a). Dabei setzen sich die Effekte aus Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsbeteiligung etwa in der gleichen Größenordnung fort. Das bedeutet einen reduzierenden Potentialeffekt aus demografischen Einflüssen und einen erhöhenden aus zunehmenden Potentialerwerbsquoten. Darunter sind auch die aus der günstigeren Altersstruktur der ausländischen Binnenbevölkerung resultierenden steigenden demografischen Effekte beachtenswert.

Erfahrungsgemäß sind die Wanderungsbewegungen und ihre Potentialwirkungen schwieriger einzuschätzen. Für unsere Wanderungsannahmen rechnen wir mit sinkenden Asylzuwanderungen und steigenden Abwanderungen der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, beides vor allem Folge des Befriedigungsprozesses in diesem Gebiet. Den reduzierenden Effekt beider Komponenten für das Arbeitsangebot setzen wir für den Jahresdurchschnitt mit 40 000 Personen an.

Auch die Zuwanderung von Spätaussiedlern haben wir in Fortsetzung der 1996 sich abzeichnenden Tendenz leicht reduziert, was ebenfalls zu einer geringeren Zunahme des Erwerbspersonenpotentials führen würde.

In den Pendlerbeziehungen zu den neuen Ländern bzw. zum Ausland erwarten wir keine ins Gewicht fallende Veränderungen.

2.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1997 in den alten Bundesländern

Bei einer Zunahme des Arbeitsangebots um 50 000 Personen und bei einer Abnahme der Arbeitsnachfrage um 200 000

(mittlere Variante) wird der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials um weitere 250 000 Personen zunehmen und eine Größenordnung von 5,5 Mio erreichen (vgl. Tabelle 1).

Vor allem eine geringere Zahl von Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung wird die Stille Reserve in Maßnahmen erstmals seit längerem spürbar sinken lassen. Am Rande spielen auch weniger Deutschlehrgänge im Gefolge abnehmender Zuwanderung von Spätaussiedlern mit. Insgesamt könnte sich dieser Teil der Stillen Reserve um knapp 0,1 Mio Personen auf knapp 0,5 Mio verringern. Der größere Teil dieser Reduktion wird die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhen.

Berücksichtigt man dies und folgt man im übrigen den Erfahrungswerten über die Verteilung auf Arbeitslose und Stille Reserve i.e.S., wobei jeweils getrennt für Deutsche und Ausländer gerechnet wird, so ist im Jahresdurchschnitt ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,2 Mio auf 3 Mio Personen zu erwarten. Die Stille Reserve i.e.S. wird dabei um reichlich 0,1 Mio auf gut 2 Mio zunehmen.

2.2 Neue Bundesländer

Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt 1997 gedämpft. Maßgebend dafür ist die abgeschwächte Bauproduktion, die nach dem Rückgang im vergangenen Jahr erneut deutlich sinken dürfte.¹⁶ Dabei fällt ihr hoher Anteil an der gesamten Wertschöpfung in den neuen Bundesländern besonders ins Gewicht. Außerdem wird wegen der immer noch schmalen Exportbasis die inländische Erzeugung von der zunehmenden Außennachfrage nicht entscheidend profitieren¹⁷. Darüber hinaus sind die Investitionsplanungen der Unternehmen auf Einschränkung gestimmt und lassen bei den Ausrüstungen einen Rückgang erwarten.¹⁸ Impulse werden lediglich vom privaten Verbrauch ausgehen und auch der Staatsverbrauch könnte geringfügig produktionssteigernd wirken. Was dies alles für die Wertschöpfung insgesamt bedeutet, ist schwer zu sagen. Mangels präziserer Vorstellungen gehen wir von einer Bandbreite bei der Zunahme des BIP von 0,5 % (untere Variante) bis 2,5 % (obere Variante) aus, mit 1,5 % als mittlerer Variante.

2.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1997 in den neuen Bundesländern

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie leicht man bei der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den daraus abgeleiteten Arbeitsmarktgrößen speziell in den neuen Bundesländern irren kann. Diese Gefahr besteht auch für 1997. Wir denken, daß ihr weiterhin am ehesten zu begegnen ist, wenn man die Vorausschätzung der Beschäftigung auf verschiedene Ansätze stützt.

Nähert man sich einer Beschäftigungs-Vorausrechnung über die wahrscheinliche Veränderung der Makro-Aggregate von BIP, Arbeitsproduktivität und Arbeitszeit, so ist eine positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit nicht zu erwarten.

Weiterhin besteht eine große Produktivitätslücke zur Wirtschaft in den alten Bundesländern und gegenüber wichtigen ausländischen Konkurrenten. Schon von daher muß es das Bestreben der Betriebe sein, die Arbeitsproduktivität kräftig zu steigern. Dazu kommt, daß die Löhne der Arbeitsproduktivität nach wie vor weit vorausseilen: 1996 erreichte das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, also die Pro-Kopf-Produktivität, erst 57 % des Westniveaus, das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten aber be-

¹⁶ vgl. dazu die differenzierte Darstellung im DIW-Wochenbericht 1-2/97 v. 9. Januar 1997, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung, vor allem S. 14ff., und ähnlich Gluch, E.: „Sanfter Rückgang“ der ostdeutschen Bauinvestitionen bis zum Jahr 2000, in: ifo Dresden, 2/1997, S. 21 ff.

¹⁷ Nach dem IAB-Betriebspanel, in dem auch die regionale Verteilung des (Verkaufs-)Umsatzes erfragt wird, entfielen 86 % auf die neuen Bundesländer, 10 % gingen in die alten Bundesländer und 3 % ins Ausland (Daten für 1995). Vgl. Wahse, J. und Schaefer, R.: Trotz wirtschaftlicher Konsolidierung vieler Betriebe - weiterer Personalabbau in Ostdeutschland. Ergebnisse der ersten Welle des IAB-Betriebspanels Ost 1996, Berlin (April) 1997, S. 48 f.

¹⁸ Das IAB-Betriebspanel (Sommer 1996) und noch mehr die DIHT-Umfrage vom Januar 1997 signalisieren verringerte Investitionsabsichten in den meisten Wirtschaftszweigen. Vgl. Wahse, J. und Schaefer, R.: a.a.O., S. 49 ff. und Deutscher Industrie- und Handelstag, Wirtschaftslage und Erwartungen. Ergebnisse der DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Bonn (Februar) 1997.

reits 74 %¹⁹. So wie die Dinge liegen, kann der Kostendruck im wesentlichen nur über Produktivitätssteigerungen gemildert werden.

Das Absacken der Produktivitätsentwicklung auf weniger als + 4 % im Jahr 1996 werten wir als vorübergehenden Reflex in der ersten Phase eines schwachen Produktionswachstums. Auch mit Blick auf eine allmähliche Annäherung an das Niveau in den alten Bundesländern erscheint die von uns für 1997 angenommene Zunahme des *Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde* um 4 % bis 4 1/2 % eher als Untergrenze des Erwartbaren.

Bei der *Arbeitszeit* bringen zwar Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit, längerer Jahresurlaub und eine Zunahme bei der freiwilligen Teilzeitarbeit reduzierende Effekte, sie dürften aber durch einen sinkenden Krankenstand teilweise ausgeglichen werden. Auf alle Erwerbstätigen bezogen, könnte die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit um 1/2 % abnehmen.

Folgt man diesen Überlegungen zur Produktivität und zur Arbeitszeit, ist bei einem Wirtschaftswachstum entsprechend unseren Varianten ein Rückgang der *Erwerbstätigkeit* von 1 1/2 % bis 3 % angelegt. Absolut würde dahinter eine Abnahme in der Spanne von 100 000 bis 180 000 Personen stehen (vgl. Tabelle 1).

Um von einer anderen Seite her Orientierungen über die Beschäftigungsperspektiven zu gewinnen, haben wir aktuelle Betriebsbefragungen ausgewertet, soweit diese Arbeitsmarktbezug haben. Auch hierbei dominieren skeptische bis pessimistische Stimmen.

Zu einer recht ungünstigen Beschäftigungserwartung kommt die erste Befragungswelle des IAB-Betriebspanels in den neuen Bundesländern, die im Sommer 1996 durchgeführt wurde. Nach den hochgerechneten Ergebnissen dieser Befragung von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ergibt sich zwischen Mitte 1996 und Mitte 1997 eine Abnahme der Beschäftigung um 3 % oder 0,2 Mio Personen.²⁰ Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Stichprobenbefragung auf der Grundgesamtheit aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum 30.6.1995 basiert. Das seitdem per saldo eingetretene Neugründungsgeschehen kann dabei nicht berücksichtigt werden. Es wirkt der hier ermittelten Beschäftigungsabnahme etwas entgegen.

Tendenziell ähnliche Ergebnisse für die Erwerbstätigkeit liefert die Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages vom Januar 1997. Sie umfaßt den Unternehmensbereich von Industrie, Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel sowie sechs weitere Bereiche des Dienstleistungssektors. Per saldo bleiben danach die Beschäftigungspläne auf Abbau gestimmt. 10 % der Firmen erwarten eine höhere Beschäftigung, eben-

so viele wie im Vorjahr. Der Anteil, der eine gleichbleibende Erwerbstätigkeit ansteuert, ist binnen Jahresfrist leicht auf 60 % gesunken. 30 % der Unternehmen rechnen jetzt mit einer Reduktion des Personalbestands, gegenüber 27 % vor einem Jahr.²¹

Eine schwache Entwicklung der Arbeitsnachfrage zeichnet auch die von IAB und ifo durchgeführte repräsentative Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Kräftebedarf. Erste Auswertungen der Befragung vom Spätherbst 1996²² lassen erwarten, daß Firmen und öffentliche Verwaltungen insgesamt 1997 erneut ihren Personalbestand reduzieren werden. Der Bestand an „später zu besetzenden Stellen“ – seien sie beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht – lag im vierten Quartal 1996 um ein Drittel niedriger als ein Jahr zuvor. Zugleich ist der Anteil am Stellenangebot, den die Betriebe als „Zusatzbedarf“ einstufen, zurückgegangen. Auf die spezielle Frage zur erwarteten Beschäftigungsentwicklung antworteten die Betriebe gleichermaßen pessimistisch. Per saldo rechnen sie vom Herbst 1996 bis zum Herbst 1997 mit einem Rückgang um 3 % oder annähernd 0,2 Mio Personen. Das Neugründungsgeschehen, das bei der Erhebung naturgemäß nicht eingefangen werden kann, wird die Beschäftigungsverluste der bestehenden Betriebe bei weitem nicht kompensieren. Dabei ist in Rechnung gestellt, daß vor allem in der Bauwirtschaft, aber auch bei den Dienstleistungen, die Beschäftigungseffekte der neuen Firmen kleiner sein werden als in den Vorjahren.

In eine ungünstige Richtung weist ferner die Herbstumfrage 1996 bei den ehemaligen Treuhandbetrieben.²³ Hochgerechnet auf alle knapp 7 000 vollständig oder mehrheitlich privatisierten ehemaligen Treuhandfirmen soll danach die Erwerbstätigkeit in diesem Bereich von Ende 1996 bis Ende 1997 um 5 % oder annähernd 40 000 auf knapp 0,7 Mio Personen reduziert werden (vgl. Tabelle 7). Einen überdurchschnittlichen Rückgang erwarten dabei Betriebe des Baugewerbes. Nach wie vor überwiegen die Firmen, die ihre Ertragslage als mangelhaft einstufen. Die Investitionserwartungen für 1997 sind rückläufig, besonders ausgeprägt beim Baugewerbe. Als Investitionsziele dominieren weiterhin Rationalisierung, Ersatzbeschaffung und Umstrukturierung. Nur 16 % der Unternehmen bezeichnen Kapazitätserweiterung als wichtigstes Ziel.

Neben den Überlegungen anhand der makroökonomischen Aggregate und den Umfrageergebnissen berücksichtigen wir für unsere Vorausschau die monatliche Stichprobe zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die auch Brancheninformationen bietet. In Verbindung mit den mehr qualitativ orientierten Prognosebefunden der Umfragen können die statistischen (ex post-)Daten der Beschäftigungsstatistik fortgeschrieben werden. Ferner nehmen wir Einzelinformationen, u. a. von Großunternehmen (wie den ehemals staatlichen Betrieben des Verkehrs- und Nachrichtenbereichs) und des öffentlichen Sektors über Personalplanungen ins Kalkül. Dies alles zusammengenommen halten wir folgende Tendenzen bei der *sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung*²⁴ in den Wirtschaftsbereichen für plausibel:

Den absolut größten Rückgang erwarten wir in der *Bauwirtschaft*, wo die Produktion mindestens im Ausmaß des Vorjahres abnehmen wird. Für die Beschäftigung könnte dies jahresdurchschnittlich eine Verringerung um 60 000 Personen bedeuten.

Auch für die Beschäftigung *im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Energie)* rechnen wir nicht mit einer Wende zum Besseren. Die hohe Abhängigkeit von der Bauwirt-

¹⁹ vgl. Strohm, W. u.a.: Bruttoinlandsprodukt 1996, in: *Wirtschaft und Statistik* 1/1997, S. 11

²⁰ vgl. Wahse, J., Schäfer, R.: a.a.O.: S. 9 ff.

²¹ vgl. *Deutscher Industrie- und Handelstag* a.a.O., S. 77 ff

²² vgl. *Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im IV. Quartal 1996 – Erste Ergebnisse –*, Vorlage an die Selbstverwaltung der BA, Februar 1997. Veröffentlichung in Vorbereitung.

²³ Vgl. Söstra (Sozialökonomische Strukturanalyse) e.V. Berlin, *Beschäftigungsperspektiven von Ex-Treuhandfirmen – Befragung Oktober 1996*, Berlin (Dezember) 1996

²⁴ Die Entwicklung der Selbständigen und Mithelfenden wird abschließend für die Wirtschaftsbereiche insgesamt berücksichtigt. Für die geringfügige Beschäftigung stellen wir keine Veränderung in unsere Rechnung ein.

schaft und die häufig ausgeprägte Beschränkung auf die regionalen Absatzmärkte wirken dämpfend. Von der günstigen Exportentwicklung wird nur ein kleiner Teil der Betriebe profitieren. Unter diesen Umständen ist eine Steigerung der Produktion, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgeht, nicht zu erwarten (- 40 000).

Bei der Erwerbstätigkeit in der *Land- und Forstwirtschaft* wird der Abwärtstrend anhalten. Er hat sich aber seit 1993, nachdem die grundlegenden Strukturanpassungen ausgelaufen waren, stark verlangsamt. Schreibt man die Tendenzen der letzten Jahre fort, könnte sich ein Rückgang in der Größenordnung von 10 000 Personen ergeben.

Im *Dienstleistungssektor* insgesamt, der bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bereits 1996 - jahresdurchschnittlich gerechnet - einen Rückgang um 30 000 Personen verzeichnete, dürfte die Abnahme in diesem Jahr noch darüber hinausgehen.

Vor allem in der *Verkehrswirtschaft (einschl. Nachrichtenübermittlung)* wird die Beschäftigung erneut sinken, insbesondere weil Bahn, Post und Telekom rationalisierungsbedingt weiter Personal abbauen. Zudem gehen vom Wirtschaftswachstum im allgemeinen und von der Bauproduktion im speziellen zu wenige Impulse aus, als daß die Nachfrage nach Transportleistungen mit wachsendem Kräftebedarf verbunden sein könnte (- 20 000).

Auch beim *Handel* dürfte es - nach der Aufwärtstendenz in den Vorjahren - zu Arbeitsplatzverlusten kommen. Das gilt für den Einzelhandel wie für den Großhandel gleichermaßen (- 10 000). Im Kredit- und Versicherungsgewerbe wird die Beschäftigung wohl wieder geringfügig sinken, allerdings - für unsere Rechnung - in vernachlässigbarer Größenordnung.

Der Beschäftigungsrückgang bei *Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen* wird insgesamt anhalten. Nach wie vor liegt der Personalbesatz im öffentlichen Dienst (Beschäftigte bezogen auf die Einwohnerzahl) in den neuen Bundesländern deutlich über dem Niveau in den alten Ländern (vgl. Tabellen 8a und 8b). Schematisch gerechnet ergab sich für Mitte 1995 ein „Überhang“ von 150 000 Vollzeitbeschäftigten (1991: 475 000). Wir stellen uns eine Abnahme im öffentlichen Dienst um 40 000 Beschäftigte vor, etwas weniger als im Vorjahr. Dabei sind weitere Übernahmen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in das Beamtenverhältnis bereits gegengerechnet. Ferner ist unterstellt, daß Arbeitszeitverkürzungen den Rückgang dämpfen. Bei den *Organisationen ohne Erwerbszweck* rechnen wir mit einem gleichbleibenden Personalbestand, vorausgesetzt die Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen der Arbeitsämter, die für diesen Bereich von besonderer Bedeutung sind, können auf dem Niveau des Vorjahres weitergeführt werden.

Negativ wirkt aber vor allem, daß die *Dienstleistungsunternehmen* (außerhalb der bereits genannten Bereiche des tertiären Sektors), die bis in das Jahr 1996 hinein laufend mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellten, kaum mehr eine positive Gegenkraft zum Beschäftigungsrückgang in den anderen Bereichen sein werden. Wir rechnen nur noch mit einer Zunahme um 20 000 Personen.

Nach dieser „spitzen Rechnung“ für die Wirtschaftsbereiche würde die Zahl der *abhängig Beschäftigten* um 160 000 Personen abnehmen.

Neben den abhängig Beschäftigten sind die *Selbständigen und Mithelfenden* zu berücksichtigen. Wir nehmen an, daß das

Gründungsgeschehen - netto gerechnet, also Geschäftsaufgaben einkalkuliert - die Zahl der selbständigen Existenzen wie im Vorjahr steigen läßt. Dies würde eine Zunahme dieses Personenkreises um knapp 20 000 bedeuten. Abhängige und Selbständige zusammengenommen, verringert sich dann die *Erwerbstätigkeit* im Jahresdurchschnitt um 140.000 Personen.

Wir ordnen diese Einschätzung der Beschäftigungsentwicklung der mittleren Variante des BIP-Wachstums (+1,5 %) zu. Käme nur ein Anstieg der Produktion um 0,5 % (untere Variante) zustande, halten wir einen Rückgang der *Erwerbstätigkeit* um 180.000 Personen für möglich. Wächst die Wirtschaft um 2,5 % (obere Variante), könnte die Abnahme der Erwerbstätigenzahl auf 100.000 begrenzt bleiben.

Unter den besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern sind die Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen (ABM und Maßnahmen nach § 249 h AFG) gesondert zu berücksichtigen, weil sie - den mittelbaren Effekt eingeschlossen - mit einem Anteil von 6 % an der Erwerbstätigkeit auch bei einer Makro-Betrachtung nicht vernachlässigt werden dürfen. Bei dieser Größenordnung können Veränderungen beim Einsatz dieser Maßnahmen mehr als nur marginale Veränderungen bei der Gesamtbeschäftigung haben.

Im Haushalt der BA stehen in diesem Jahr für die genannten Instrumente Mittel bereit, die bei Umsetzung einen größeren Beschäftigungseffekt als 1996 auslösen können (420 000 Personen gegenüber 350 000 im Vorjahr, mittelbare Wirkungen eingeschlossen). Ein Unsicherheitsfaktor sind in diesem Zusammenhang u.a. die Maßnahmen nach § 249 h („Produktiver Lohnkostenzuschuß“). Die Arbeitsämter bieten diese Hilfen zwar offensiv an, brauchen zum Gelingen aber Partner, die die umfangreiche Kofinanzierung aufbringen können. Die Entwicklung in den letzten Monaten zeigt, daß dabei Schwierigkeiten bestehen. Nun könnten durch das neue Förderinstrument „Lohnkostenzuschuß Ost für Wirtschaftsunternehmen“ (§ 249 h, Abs. 4b AFG), in Kraft seit April 1997, weitere Einsatzfelder für den Produktiven Lohnkostenzuschuß erschlossen werden.

Wie dem auch sei: Im Blick muß bleiben, daß unsere vorstehend aufgemachte Projektion der Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) in allen Varianten mit der Annahme arbeitet, daß die Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen etwa auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. Sollten sie deutlich zurückgefahren werden, ohne daß kompensatorische positive Impulse wirksam werden, bestünde die Gefahr, daß die Erwerbstätigkeit noch stärker sinkt, als in unserem Rechenwerk ausgewiesen. Manche Ökonomen sehen diesen Wirkungsmechanismus weniger eng. Dem stehen aber Erfahrungswerte gerade für die neuen Bundesländer entgegen. Die letzten Jahre haben nachdrücklich gezeigt, daß Veränderungen beim Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums unmittelbar auf Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit durchschlagen, jedenfalls auf die kurze Sicht.

2.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1997 in den neuen Bundesländern

Das Erwerbspersonenpotential könnte 1997 im Jahresdurchschnitt um 120 000 Personen abnehmen (vgl. Tabellen 1 und 2b). Der Rückgang würde sich damit in der Größenordnung der Vorjahre halten. In unserer Rechnung ist dafür eine weiterhin leicht sinkende Erwerbsneigung (Verhaltenskomponente) maßgebend.

Für die Bildungsbeteiligung (außerhalb der vom Arbeitsförderungsgesetz geförderten Aus- und Weiterbildung, d.h. Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Studium an Hochschulen) erwarten wir in Fortsetzung der Tendenzen der letzten Jahre eine weitere Annäherung an die Gegebenheiten in den alten Bundesländern, was eine sinkende Erwerbsneigung in den Altersgruppen bis zum 25. Lebensjahr zur Folge hat.

Für die Potentialerwerbsquoten ab dem 25. Altersjahr wurde unterstellt, daß sich die leichten Abnahmetendenzen, wie sie seit 1991 zu beobachten sind, fortsetzen.

Die Wirkungen aus der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ergeben zusammengefaßt eine Reduzierung des Angebots an potentiellen Erwerbspersonen um 90 000 Personen.

Die demografisch bedingte Abnahme wird mit 30 000 Personen veranschlagt. Die leicht positiven Effekte aus der Zuwanderung, verursacht durch die Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland, können die Gesamtabnahme des Arbeitskräfteangebots nicht wesentlich beeinflussen.

2.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1997 in den neuen Bundesländern

Bei einem Rückgang der Arbeitsnachfrage um 140 000 auf 6,14 Mio Personen (mittlere Variante) und einer gleichzeitigen Abnahme des Arbeitsangebots um 120 000 auf 8,2 Mio würde sich der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials kaum verändern (+20 000) und bei über 2 Mio Personen verharren (Tabelle 1).

Die Veränderungen in der Verteilung der Unterbeschäftigung setzen sich aber fort: Die Stille Reserve wird erneut abnehmen und die registrierte Arbeitslosigkeit weiter zunehmen. Maßgebend dafür ist, daß wiederum weniger Personen über die Stille Reserve in Maßnahmen aufgefangen werden. Diese Veränderungen schlagen bei der registrierten Arbeitslosigkeit – relativ gesehen – weit mehr zu Buche als in den alten Bundesländern.

Insgesamt rechnen wir damit, daß die Stille Reserve in Maßnahmen um 150 000 auf 350 000 Personen zurückgehen wird. Dabei fällt die Abnahme bei den Personen, die Altersübergangsgeld beziehen, ein letztes Mal stark ins Gewicht (- 130 000 auf 60 000). Nur zum Teil dürfte dieser Effekt durch eine steigende Inanspruchnahme der Regelung nach § 105c AFG ausgeglichen werden. Wir nehmen an, daß sich der Personenkreis der älteren Arbeitnehmer, der davon Gebrauch macht, im Jahresdurchschnitt auf 65 000 gut verdoppelt. Spürbar abnehmen wird die Teilnahme an der beruflichen Weiterbildung.

Danach würde der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials außerhalb der Stillen Reserve in Maßnahmen im Jahresmittel um 170 000 zunehmen und die Größenordnung von 1,7 Mio Personen erreichen. Wie sich dieses Volumen an Unterbeschäftigung auf registrierte Arbeitslosigkeit und Stille Reserve i.e.S. verteilt, ist schwer vorzusagen.

Wir vermuten, daß die Abwanderung in die Stille Reserve i.e.S. anhält. Dieser Prozeß könnte sich beschleunigen, weil allmählich die Zahl der Arbeitslosen wächst, die ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschöpft und keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben. Damit im Zusammenhang kommt es – nach den Erfahrungen in den alten Bundesländern – zu Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit. Allerdings wird die Bereitschaft, arbeitslos gemeldet zu bleiben,

auch von anderen Faktoren bestimmt. Gerade unter den Bedingungen in den neuen Bundesländern könnte die Neigung, die Arbeitslosmeldung aufrechtzuerhalten, und so arbeitsmarktnah zu bleiben, groß sein. Auch aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren nehmen wir an, daß sich der Übergang in die Stille Reserve weiterhin nur allmählich vollzieht.

Plausibel erscheint uns ein Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit um 0,1 Mio auf 1,28 Mio. Bei der Stillen Reserve i.e.S. rechnen wir mit einer Zunahme um 60 000 auf 450 000 Personen.

3 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1996 und 1997

Die vorstehenden Ausführungen haben an verschiedenen Stellen die Bedeutung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutlich gemacht. Im folgenden sollen die Entlastungseffekte im Zusammenhang dargestellt werden. Damit wird nicht in Zweifel gezogen, daß es zu den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik auch Alternativen gibt, die den Arbeitsmarkt ebenfalls positiv beeinflussen können. Eine vergleichende Bewertung unterschiedlicher Strategien ist schwierig, zumal verschiedenartige Wege der Beschäftigungspolitik auch zu unterschiedlichen Ergebnissen in zeitlicher, regionaler und personenspezifischer Hinsicht führen. Wir unterstellen, daß es der Politik bei der Prioritätensetzung gelungen ist, den richtigen „Mix“, auch für die Arbeitsmarktpolitik, zu finden.

Die folgenden Entlastungsrechnungen (vgl. Tabellen 7a und 7b) beziehen sich auf Maßnahmen der BA im Rahmen des AFG. Einbezogen sind nicht nur die Kernbereiche der aktiven Arbeitsmarktpolitik – Kurzarbeitergeld, Beschäftigungsschaffende Maßnahmen und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung –, sondern auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im weiteren Sinne: Schlechtwettergeld (seit 1996 Winterausfallgeld), Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation, Sprachlehrgänge für Aussiedler, Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge. Ebenso berücksichtigt sind die verschiedenen Vorruhestandsregelungen sowie die Regelung nach § 105c AFG, wonach Bezieher von Arbeitslosengeld / -hilfe ab dem vollendeten 58. Lebensjahr der Arbeitsvermittlung nicht mehr verfügbar sein müssen und deshalb nicht mehr als registrierte Arbeitslose gezählt werden. Die letztgenannte Regelung darf allerdings nicht den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gleichgestellt werden, denn ihr Entlastungseffekt entsteht durch eine statistische Umbuchung in der Arbeitsmarktbilanz („registrierte Arbeitslose an Stille Reserve“). Sie hat in erster Linie sozialpolitische Zielsetzungen.

Daneben gibt es freilich noch andere Maßnahmen nach dem AFG – z.B. Wintergeld, Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüsse, Hilfen zur Existenzgründung –, die aber aus verschiedenen Gründen nicht in diese Entlastungsrechnung einbezogen werden. Oft erhöhen sie zwar die Einstellungschancen bestimmter, z.B. schwer vermittelbarer Personen, ihr gesamtwirtschaftlicher Effekt auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ist aber doch schwer einzuschätzen.

3.1 Alte Bundesländer

Bei einem Wirtschaftswachstum von 2¹/₄ % („mittlere“ Variante) erwarten wir eine jahresdurchschnittliche *Kurzarbeiterzahl* in Höhe von 200 000 Personen und damit etwa den Vorjahresstand. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von

36 % entspricht dies einem Beschäftigungsäquivalent von gut 70 000 und einer Entlastung der Arbeitslosenzahl um knapp 50 000 Personen.

Zum Jahresbeginn 1996 wurde die Schlechtwettergeldregelung im AFG durch die Regelungen des *Winterausfallgeldes* (§ 81 ff AFG) zusammen mit einem Bündel anderer Bestimmungen – die unter anderem auch die Tarifpartner des Baugewerbes in die Pflicht nehmen – ersetzt. Für die hier anzustellende Entlastungsrechnung ist nur der Teil relevant, der die BA betrifft. So wird jetzt erst nach 150 Stunden witterungsbedingtem Arbeitsausfall in einem Kalenderjahr das Winterausfallgeld von der BA bezahlt. Damit ist regelungsbedingt vorgezeichnet, daß die Größenordnung der Entlastung durch das Winterausfallgeld bei weitem nicht an die des (alten) Schlechtwettergeldes heranreichen kann. Für 1996 ergab sich eine Inanspruchnahme der Regelung nach dem Winterausfallgeld – nochmals betont: soweit es die BA betrifft – für die alten Bundesländer in Höhe von 7 000 Personen im Jahresdurchschnitt. Für 1997 nehmen wir an, daß sich der Entlastungseffekt in ähnlicher Größenordnung bewegt.

Die Zahl der Teilnehmer an *Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* erreichte im Jahresdurchschnitt 1996 mit 70 000 Personen den Stand des Vorjahres. Für 1997 wird eine Steigerung auf knapp 80 000 Personen angestrebt. Unter Berücksichtigung von zusätzlichen Beschäftigungseffekten über Vorleistungs- und Konsumnachfrage und der Tatsache, daß diese zum Teil der Stillen Reserve zugute kommt, ergab sich 1996 eine Gesamtentlastung der registrierten Arbeitslosigkeit um knapp 90 000; 1997 dürfte diese Zahl bei ca. 100 000 Personen liegen.

Die Inanspruchnahme der *produktiven Lohnkostenzuschüsse nach § 242 s AFG* – das Pendant zu den Maßnahmen nach § 249 h AFG in den neuen Ländern – ist mit 6 000 im Jahresdurchschnitt geförderten Personen auch 1996 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. 1997 wird im BA-Haushalt eine deutliche Zunahme angestrebt (24 000). Nachdem aber im Durchschnitt des ersten Quartals (knapp 8 000) die Erwartungen bei weitem nicht erfüllt wurden, wird es in den Arbeitsämtern und bei den zu beteiligenden Ko-Finanziers großer Anstrengungen bedürfen, die im BA-Haushalt gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Einschließlich indirekter Effekte errechnen wir für 1997 auf der Basis der Haushaltszahl eine Entlastung der Arbeitslosenzahl durch produktive Lohnkostenzuschüsse in den alten Bundesländern um 30 000 Personen.

Mit knapp 130 000 Personen wird, wenn der Haushalt umgesetzt werden kann, die Arbeitsmarktentlastung durch die *Beschäftigungschaffenden Maßnahmen insgesamt* 1997 höher liegen als 1996 (ca. 95 000).

Die Zahl der Teilnehmer an *Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung* ist 1996 weiter angestiegen. Sie lag im Jahresdurchschnitt bei gut 275 000 Personen. 1997 sollen nur noch 200 000 Teilnehmer gefördert werden. Bei einer in etwa gleichbleibend starken Ausrichtung der Maßnahmen auf registrierte Arbeitslose dürfte die Arbeitsmarktentlastung in ähnlicher Größenordnung liegen (ca. 195 000).

²⁵ Die berufliche Erstausbildung jugendlicher Rehabilitanden bleibt in dieser Entlastungsrechnung unberücksichtigt, weil dieser Personenkreis erst an der Schwelle von Nichterwerbspersonen (Schulische Ausbildung) zum Erwerbspersonenpotential steht und diese Grenze fließend ist. Entsprechendes gilt für die allgemeinen Hilfen zur beruflichen Erstausbildung nach dem AFG.

Darüber hinaus fördert die BA im Rahmen der beruflichen Rehabilitation in erheblichem Umfang behindertenspezifische Bildungsmaßnahmen. Bei vielen *Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Weiterbildungsmaßnahmen* dürfte Arbeitslosigkeit vermieden werden²⁵. Der durchschnittliche Teilnehmerbestand ist seit 1995 weitgehend unverändert. Bei den vor Beginn der Maßnahme arbeitslosen Teilnehmern kann unterstellt werden, daß sie sonst auch weiterhin arbeitslos gewesen wären. Für die anderen wird angenommen, daß dies zu zwei Dritteln der Fall gewesen wäre. Die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit wird so für 1997 bei einer Teilnehmerzahl von 37 000 auf 30 000 Personen im Jahresdurchschnitt geschätzt.

Als Hilfe zur Integration von arbeitslosen Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingen werden *Sprachlehrgänge* durchgeführt. Kurzfristig wird durch die Teilnahme an Sprachlehrgängen die Arbeitslosigkeit in voller Höhe entlastet. Ohne diese Maßnahme wäre eine unmittelbare Eingliederung tendenziell nicht möglich. Wie nicht anders zu erwarten, verlaufen die Teilnehmerzahlen in etwa parallel zur vorangegangenen Zuwanderung. Wir rechnen daher nach einer Inanspruchnahme von jahresdurchschnittlich gut 40 000 im Jahr 1996 mit nur noch knapp 35 000 Personen im Durchschnitt 1997. In jeweils gleicher Höhe wird der Arbeitsmarkt entlastet.

Vorruhestandsgeld und *Altersübergangsgeld* spielen im Westen keine Rolle mehr. Die 1996 eingeführte *Altersteilzeitregelung* wird derzeit noch in sehr geringem Umfang angenommen. Der Haushaltsansatz der BA geht für 1997 von 27 000 Personen aus. Er kann nur ausgeschöpft werden, wenn die Akzeptanz bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern in nächster Zeit spürbar gesteigert werden kann. Die Entlastung der Arbeitslosenzahl – für zwei Altersteilzeitfälle ein (eingestellter oder vermiedener) Arbeitsloser – ist halb so hoch.

Insgesamt würden diese Maßnahmen der BA die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 in den alten Bundesländern um 455 000 Personen entlasten; gegenüber den Vorjahr wäre dies eine Minderung um 40 000.

Nach einem stetigen Ansteigen der Inanspruchnahme der Regelung nach § 105 c AFG war seit dem Beginn des zweiten Halbjahrs 1995 zum ersten Mal ein Rückgang zu verzeichnen, der sich bis heute fortsetzt. Die Altersteilzeitregelung hat dazu noch nicht beigetragen. Nach einem Höchststand im Jahresdurchschnitt 1995 mit gut 145 000 Personen und einem Stand von knapp 140 000 im Jahre 1996 erwarten wir für 1997 ein weiteres Absinken der Inanspruchnahme auf gut 130 000. In derselben Größenordnung wird die registrierte Arbeitslosigkeit entlastet.

Einschließlich dieser – mehr sozialpolitisch motivierten – Maßnahme beträgt der gesamte Entlastungseffekt im Jahr 1997 knapp 590.000 Personen.

3.2 Neue Bundesländer

Nachdem sich die Zahl der *Kurzarbeiter* 1995 und 1996 in einer Größenordnung von 70 000 Personen im Jahresdurchschnitt eingependelt hat, erwarten wir unter den Annahmen unserer mittleren Variante eine gleich große Inanspruchnahme für 1997. Der durchschnittliche Stundenausfall durch Kurzarbeit liegt (absolut und im Verhältnis zur betriebsüblichen Arbeitszeit) weiterhin entschieden höher als in den alten Bundesländern. Wir gehen für 1997 von 52 % gegenüber

54 % im Jahr 1996 aus. Daraus resultiert für das Jahr 1997 eine Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit durch das Instrument Kurzarbeit um knapp 30 000 Personen.

Wie in den alten Bundesländern ist die Entlastung durch die neuen Regelungen des *Winterausfallgelds* – soweit es die BA-Schiene betrifft – weitaus geringer als nach der alten Schlechtwettergeldregelung. Für 1996 errechnet sich eine Entlastung um 3 000 Personen im Jahresdurchschnitt, für 1997 erwarten wir einen ähnlichen Effekt.

Bei der Zahl der Teilnehmer an *Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* konnte im Jahresdurchschnitt 1996 mit gut 190 000 Personen der Stand des Vorjahres in etwa gehalten werden. Für 1997 lassen die angesetzten Haushaltsmittel eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von ca. 140 000 zu. Unter Berücksichtigung von Multiplikatoreffekten wäre damit die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit durch ABM für 1997 mit ca. 180 000 anzusetzen (1996: 242 000).

Die Inanspruchnahme der *produktiven Lohnkostenzuschüsse nach § 249 h AFG* lag im Jahresdurchschnitt 1996 mit gut 85 000 Personen niedriger als 1995 – mit im Jahresverlauf gleichmäßig rückläufiger Tendenz, die sich auch im ersten Vierteljahr 1997 fortgesetzt hat. Es wird daher sehr schwer werden, die mit dem Haushalt angestrebte Inanspruchnahme dieses Instruments in Höhe von 185 000 Geförderten zu realisieren. Gelingt dies, würde unter Berücksichtigung von direkten und indirekten Effekten eine Reduktion der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 um gut 240 000 Personen bewirkt.

Die Arbeitsmarktentlastung durch die *Beschäftigungschaffenden Maßnahmen insgesamt* könnte 1997 bei Erreichen des Haushaltsziels knapp 420 000 Personen betragen.

Die Zahl der Teilnehmer an *Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung* lag im Jahresdurchschnitt 1996 bei 230 000 Personen. Für das Jahr 1997 ist eine Teilnehmerzahl von gut 170 000 mit den Haushaltsansätzen vereinbar. Die Entlastung für die registrierte Arbeitslosigkeit durch Vollzeit-FuU würde sich damit gegenüber 1996 um ca. 60 000 Personen verringern.

Reha-Maßnahmen und *Sprachlehrgänge für Aussiedler* spielen in den neuen Bundesländern weiterhin nur eine geringe

Rolle. Ihre Entlastungswirkung schätzen wir auf knapp 15 000 Personen im Jahresdurchschnitt 1997.

Die *Altersübergangsgeldregelung (Alüg)*, die 1996 im Jahresdurchschnitt mit immerhin noch gut 185 000 Personen zur Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit beitrug, wird 1997 nur noch einen durchschnittlichen Effekt von knapp 60 000 beisteuern, weil weitere Personen in die Altersrente (Nichterwerbspersonen) übergehen und die nachfolgenden Jahrgänge die Alüg-Regelung nicht mehr in Anspruch nehmen können. Für die *Altersteilzeitregelung* sind im BA-Haushalt Mittel für jahresdurchschnittlich 3 000 Personen in den neuen Bundesländern eingestellt. Die Entlastungswirkung ist entsprechend gering.

Durch die aufgeführten *BA-Maßnahmen zusammen* ist 1997 eine Entlastung der Zahl der registrierten Arbeitslosen in Höhe von knapp 700 000 Personen möglich. 1996 waren es noch über 800 000, wobei der Rückgang entscheidend auf das Auslaufen der Altersübergangsgeldregelung zurückzuführen ist.

Spielte bis Ende 1995 die *Regelung nach § 105c AFG* in den neuen Ländern nur eine vernachlässigbare Rolle, so gewinnt sie seitdem zunehmende Bedeutung für die Reduktion der registrierten Arbeitslosigkeit. Der Hauptgrund dafür ist das auslaufende Altersübergangsgeld. Diese Regelung konnte ab dem 55. Lebensjahr in Anspruch genommen werden, womit auf Jahre hinaus ein „Markt“ für § 105c AFG nicht vorhanden war (Inanspruchnahme durch 58jährige oder Ältere). Da der Zugang in das Altersübergangsgeld seit 1993 nicht mehr möglich ist, konnten seitdem Jüngere in das Anspruchsalter für die Regelung nach § 105c nachrücken. Während im Jahresdurchschnitt 1995 erst 7 000 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, belief sich deren Zahl 1996 schon auf 30 000 Personen (4. Quartal: 47 000). Nachdem nun die Inanspruchnahme im Durchschnitt des ersten Quartals 1997 bereits bei knapp 60 000 lag (mit weiterhin steigender Tendenz), rechnen wir im Jahresdurchschnitt 1997 mit 65 000 Personen. Dies ist mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird in gleicher Höhe entlastet.

Einschließlich dieser – mehr sozialpolitisch motivierten – Maßnahme erhöht sich der gesamte Entlastungseffekt auf insgesamt knapp 760.000 Personen.

Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1997

		1992	1993	1994	1995	1996	1997		
							Var. I	Var. II	Var. III
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Bruttoinlandsprodukt (real)	West	+ 1,8	- 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	+1 3/4	+2 1/4	+2 3/4
	Ost	+ 7,8	+ 8,9	+ 9,9	+ 5,3	+ 2,0	+ 1/2	+1 1/2	+2 1/2
	Insg.	+ 2,2	- 1,1	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7
Stundenproduktivität	West	+ 0,2	+ 0,8	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,4
	Ost	+ 8,2	+ 10,5	+ 9,8	+ 6,0	+ 3,8	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,6
	Insg.	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,6
Arbeitsvolumen	West	+ 1,6	- 2,7	- 1,3	- 1,9	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,6
	Ost	- 0,4	- 1,5	+ 0,1	- 0,6	- 1,8	- 3,5	- 2,8	- 2,0
	Insg.	+ 1,2	- 2,5	- 1,0	- 1,6	- 1,3	- 1,6	- 1,3	- 0,9
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0
	Ost	+ 14,2	+ 1,3	- 1,6	- 1,8	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,4
	Insg.	+ 3,1	- 0,8	- 0,4	- 1,3	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1
dav. Arbeitstage-Effekt	West	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
	Ost	+ 1,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
	Insg.	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Tägliche Arbeitszeit	West	- 0,8	- 1,3	+ 0,3	- 0,8	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2
	Ost	+ 12,7	+ 1,1	- 1,1	- 1,4	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2
	Insg.	+ 1,7	- 0,9	+ 0,1	- 0,9	- 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,1
Erwerbstätige	West	+ 0,9	- 1,5	- 1,2	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 0,8	- 0,6
	Ost	- 12,8	- 2,8	+ 1,7	+ 1,1	- 1,7	- 2,9	- 2,2	- 1,6
	Insg.	- 1,8	- 1,7	- 0,7	- 0,3	- 1,2	- 1,3	- 1,0	- 0,8

		Personen in 1000							
Erwerbstätige	West	29.455	29.007	28.665	28.482	28.186	27.916	27.966	28.016
	Ost	6.387	6.210	6.314	6.386	6.279	6.099	6.139	6.179
	Insg.	35.842	35.217	34.979	34.868	34.465	34.015	34.105	34.195
Deutsche	West	27.020	26.401	26.071	25.904	25.647	25.410	25.456	25.502
	Ost	6.299	6.106	6.188	6.248	6.131	5.940	5.979	6.018
	Insg.	33.319	32.507	32.259	32.152	31.778	31.351	31.435	31.520
Ausländer	West	2.435	2.606	2.594	2.578	2.539	2.506	2.510	2.514
	Ost	88	104	126	138	148	159	160	161
	Insg.	2.523	2.710	2.720	2.716	2.687	2.664	2.670	2.675
dav. Selbständige und Mithelfende	West	3.067	3.071	3.086	3.099	3.112	3.122	3.122	3.122
	Ost	418	464	500	523	539	554	554	554
	Insg.	3.485	3.535	3.586	3.622	3.651	3.676	3.676	3.676
Beschäftigte Arbeitnehmer	West	26.388	25.936	25.579	25.383	25.074	24.794	24.844	24.894
	Ost	5.969	5.746	5.814	5.863	5.740	5.545	5.585	5.625
	Insg.	32.357	31.682	31.393	31.246	30.814	30.339	30.429	30.519
Nachr.: Kurzarbeiter	West	283	767	275	128	206	250	200	150
	Ost	370	181	97	71	71	90	70	50
	Insg.	653	948	372	199	277	340	270	200

		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000							
Erwerbstätige	West	+ 266	- 448	- 342	- 183	- 296	- 270	- 220	- 170
	Ost	- 934	- 177	+ 104	+ 72	- 107	- 180	- 140	- 100
	Insg.	- 668	- 625	- 238	- 111	- 403	- 450	- 360	- 270
Deutsche	West	+ 97	- 619	- 330	- 167	- 257	- 237	- 191	- 145
	Ost	- 948	- 193	+ 82	+ 60	- 117	- 191	- 152	- 113
	Insg.	- 851	- 812	- 248	- 107	- 374	- 427	- 343	- 258
Ausländer	West	+ 169	+ 171	- 12	- 16	- 39	- 33	- 29	- 25
	Ost	+ 14	+ 16	+ 22	+ 12	+ 10	+ 11	+ 12	+ 13
	Insg.	+ 183	+ 187	+ 10	- 4	- 29	- 23	- 17	- 12
dav. Selbständige und Mithelfende	West	+ 14	+ 4	+ 15	+ 13	+ 13	+ 10	+ 10	+ 10
	Ost	+ 47	+ 46	+ 36	+ 23	+ 16	+ 15	+ 15	+ 15
	Insg.	+ 61	+ 50	+ 51	+ 36	+ 29	+ 25	+ 25	+ 25
Beschäftigte Arbeitnehmer	West	+ 252	- 452	- 357	- 196	- 309	- 280	- 230	- 180
	Ost	- 981	- 223	+ 68	+ 49	- 123	- 195	- 155	- 115
	Insg.	- 729	- 675	- 289	- 147	- 432	- 475	- 385	- 295

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1997

	1992	1993	1994	1995	1996	1997		
						Var. I	Var. II	Var. III

B. Das Arbeitskräfteangebot

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

		1992	1993	1994	1995	1996	1997 Var. I	1997 Var. II	1997 Var. III
Erwerbspersonenpotential insgesamt	West	+ 573	+ 300	+ 119	+ 123	+ 92	+ 50	+ 50	+ 50
	Ost	- 124	- 104	- 122	- 152	- 126	- 116	- 116	- 116
	Insg.	+ 449	+ 196	- 3	- 29	- 34	- 66	- 66	- 66
dav. Demographie	West	- 100	- 129	- 169	- 178	- 166	- 152	- 152	- 152
	Ost	- 29	- 27	- 43	- 56	- 52	- 33	- 33	- 33
	Insg.	- 129	- 156	- 212	- 234	- 218	- 185	- 185	- 185
Verhaltenskomponente	West	+ 93	+ 99	+ 99	+ 94	+ 91	+ 96	+ 96	+ 96
	Ost	+ 42	- 91	- 81	- 104	- 101	- 89	- 89	- 89
	Insg.	+ 135	+ 8	+ 18	- 10	- 10	+ 7	+ 7	+ 7
Wanderungen	West	+ 474	+ 327	+ 177	+ 167	+ 167	+ 106	+ 106	+ 106
	Ost	- 68	+ 1	+ 3	+ 22	+ 20	+ 5	+ 5	+ 5
	Insg.	+ 406	+ 328	+ 180	+ 189	+ 187	+ 111	+ 111	+ 111
Veränderung Pendlersaldo	West	+ 106	+ 3	+ 12	+ 40	0	0	0	0
	Ost	- 69	+ 13	- 1	- 14	+ 7	+ 1	+ 1	+ 1
	Insg.	+ 37	+ 16	+ 11	+ 26	+ 7	+ 1	+ 1	+ 1
Erwerbspersonenpotential Deutsche	West	+ 191	+ 39	- 11	- 20	- 51	- 38	- 38	- 38
	Ost	- 150	- 136	- 148	- 169	- 143	- 135	- 135	- 135
	Insg.	+ 41	- 97	- 159	- 189	- 194	- 173	- 173	- 173
dav. Demographie	West	- 153	- 187	- 220	- 226	- 212	- 193	- 193	- 193
	Ost	- 25	- 22	- 42	- 57	- 52	- 33	- 33	- 33
	Insg.	- 178	- 209	- 262	- 283	- 264	- 226	- 226	- 226
Verhaltenskomponente	West	+ 86	+ 93	+ 86	+ 86	+ 82	+ 88	+ 88	+ 88
	Ost	+ 30	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100
	Insg.	+ 116	- 7	- 14	- 14	- 18	- 12	- 12	- 12
Wanderungen	West	+ 175	+ 129	+ 106	+ 92	+ 82	+ 64	+ 64	+ 64
	Ost	- 85	- 26	- 4	+ 3	+ 2	- 3	- 3	- 3
	Insg.	+ 90	+ 103	+ 102	+ 95	+ 84	+ 61	+ 61	+ 61
Veränderung Pendlersaldo	West	+ 83	+ 4	+ 17	+ 28	- 3	+ 3	+ 3	+ 3
	Ost	- 70	+ 12	- 2	- 15	+ 7	+ 1	+ 1	+ 1
	Insg.	+ 13	+ 16	+ 15	+ 13	+ 4	+ 4	+ 4	+ 4
Erwerbspersonenpotential Ausländer	West	+ 382	+ 261	+ 130	+ 143	+ 143	+ 88	+ 88	+ 88
	Ost	+ 26	+ 32	+ 26	+ 17	+ 17	+ 19	+ 19	+ 19
	Insg.	+ 408	+ 293	+ 156	+ 160	+ 160	+ 107	+ 107	+ 107
dav. Demographie	West	+ 53	+ 58	+ 51	+ 48	+ 46	+ 41	+ 41	+ 41
	Ost	- 4	- 5	- 1	+ 1	0	0	0	0
	Insg.	+ 49	+ 53	+ 50	+ 49	+ 46	+ 41	+ 41	+ 41
Verhaltenskomponente	West	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8	+ 9	+ 8	+ 8	+ 8
	Ost	+ 12	+ 9	+ 19	- 4	- 1	+ 11	+ 11	+ 11
	Insg.	+ 19	+ 15	+ 32	+ 4	+ 8	+ 19	+ 19	+ 19
Wanderungen	West	+ 299	+ 198	+ 71	+ 75	+ 85	+ 42	+ 42	+ 42
	Ost	+ 17	+ 27	+ 7	+ 19	+ 18	+ 8	+ 8	+ 8
	Insg.	+ 316	+ 225	+ 78	+ 94	+ 103	+ 50	+ 50	+ 50
Veränderung Pendlersaldo	West	+ 23	- 1	- 5	+ 12	+ 3	- 3	- 3	- 3
	Ost	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0	0	0
	Insg.	+ 24	0	- 4	+ 13	+ 3	- 3	- 3	- 3

Personen in 1000

		1992	1993	1994	1995	1996	1997 Var. I	1997 Var. II	1997 Var. III
Erwerbspersonenpotential insgesamt	West	32.783	33.083	33.202	33.325	33.417	33.467	33.467	33.467
	Ost	8.837	8.733	8.611	8.459	8.333	8.217	8.217	8.217
	Insg.	41.620	41.816	41.813	41.784	41.750	41.684	41.684	41.684
Deutsche	West	29.526	29.565	29.554	29.534	29.483	29.445	29.445	29.445
	Ost	8.716	8.580	8.432	8.263	8.120	7.985	7.985	7.985
	Insg.	38.242	38.145	37.986	37.797	37.603	37.430	37.430	37.430
Ausländer	West	3.257	3.518	3.648	3.791	3.934	4.022	4.022	4.022
	Ost	121	153	179	196	213	232	232	232
	Insg.	3.378	3.671	3.827	3.987	4.147	4.254	4.254	4.254

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1997

		1992	1993	1994	1995	1996	1997		
							Var. I	Var. II	Var. III
C. Die Arbeitskräftebilanz									
Personen in 1000									
Registrierte Arbeitslose insgesamt	West	1.808	2.270	2.556	2.565	2.796	3.040	3.010	2.980
	Ost	1.170	1.149	1.142	1.047	1.169	1.310	1.280	1.250
	Insg.	2.978	3.419	3.698	3.612	3.965	4.350	4.290	4.230
Deutsche	West	1.554	1.925	2.147	2.141	2.319	2.510	2.485	2.460
	Ost	1.154	1.134	1.130	1.035	1.155	1.292	1.262	1.232
	Insg.	2.708	3.059	3.277	3.176	3.474	3.802	3.747	3.692
Ausländer	West	254	345	409	424	477	530	525	520
	Ost	16	15	12	12	14	18	18	18
	Insg.	270	360	421	436	491	548	543	538
Stille Reserve insgesamt	West	1.520	1.806	1.981	2.278	2.435	2.511	2.491	2.471
	Ost	1.280	1.374	1.155	1.026	885	808	798	788
	Insg.	2.800	3.180	3.136	3.304	3.320	3.319	3.289	3.259
Deutsche	West	952	1.239	1.336	1.489	1.517	1.524	1.504	1.483
	Ost	1.263	1.340	1.114	980	834	753	744	735
	Insg.	2.215	2.579	2.450	2.469	2.351	2.277	2.248	2.218
Ausländer	West	568	567	645	789	918	986	987	988
	Ost	17	34	41	46	51	55	54	53
	Insg.	585	601	686	835	969	1.042	1.041	1.041
dav. Stille Reserve im engeren Sinne	West	1.027	1.270	1.463	1.729	1.875	2.044	2.024	2.004
	Ost	27	148	225	359	389	459	449	439
	Insg.	1.054	1.418	1.688	2.088	2.264	2.503	2.473	2.443
Stille Reserve in Maßnahmen	West	493	536	518	549	560	467	467	467
	Ost	1.253	1.226	930	667	496	349	349	349
	Insg.	1.746	1.762	1.448	1.216	1.056	816	816	816
Vollzeit FuU-Teilnehmer	West	250	238	226	257	276	200	200	200
	Ost	425	345	241	243	230	171	171	171
	Insg.	675	583	467	500	506	371	371	371
Deutschlehrgänge	West	51	55	50	46	42	34	34	34
	Ost	3	6	7	7	8	9	9	9
	Insg.	54	61	57	53	50	43	43	43
Reha 1)	West	55	54	39	38	39	37	37	37
	Ost	4	5	4	4	5	6	6	6
	Insg.	59	59	43	42	44	43	43	43
Leistungsempfänger § 105a 2)	West	12	16	17	17	19	20	20	20
	Ost	0	3	8	11	13	14	14	14
	Insg.	12	19	25	28	32	34	34	34
Leistungsempfänger § 105b 3)	West	30	38	41	42	43	43	43	43
	Ost	9	13	18	21	24	26	26	26
	Insg.	39	51	59	63	67	69	69	69
Leistungsempfänger § 105c 4)	West	82	127	139	146	139	133	133	133
	Ost	1	1	2	7	30	65	65	65
	Insg.	83	128	141	153	169	198	198	198
Altersübergangsgeld	West	1	2	3	2	2	0	0	0
	Ost	516	639	524	341	186	58	58	58
	Insg.	517	641	527	343	188	58	58	58
Vorruhestandsgeld	West	12	6	3	1	0	0	0	0
	Ost	295	214	126	33	0	0	0	0
	Insg.	307	220	129	34	0	0	0	0

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1997

	1992	1993	1994	1995	1996	1997		
						Var. I	Var. II	Var. III

Noch: C. Die Arbeitskräftebilanz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

		1992	1993	1994	1995	1996	1997 Var. I	1997 Var. II	1997 Var. III
Registrierte Arbeitslose insgesamt	West	+ 119	+ 462	+ 286	+ 9	+ 231	+ 244	+ 214	+ 184
	Ost	+ 257	- 21	- 7	- 95	+ 122	+ 141	+ 111	+ 81
	Insg.	+ 376	+ 441	+ 279	- 86	+ 353	+ 385	+ 325	+ 265
Deutsche	West	+ 73	+ 371	+ 222	- 6	+ 178	+ 191	+ 166	+ 141
	Ost	+ 255	- 20	- 4	- 95	+ 120	+ 137	+ 107	+ 77
	Insg.	+ 328	+ 351	+ 218	- 101	+ 298	+ 328	+ 273	+ 218
Ausländer	West	+ 46	+ 91	+ 64	+ 15	+ 53	+ 53	+ 48	+ 43
	Ost	+ 2	- 1	- 3	0	+ 2	+ 4	+ 4	+ 4
	Insg.	+ 48	+ 90	+ 61	+ 15	+ 55	+ 57	+ 52	+ 47
Stille Reserve insgesamt	West	+ 188	+ 286	+ 175	+ 297	+ 157	+ 76	+ 56	+ 36
	Ost	+ 553	+ 94	- 219	- 129	- 141	- 77	- 87	- 97
	Insg.	+ 741	+ 380	- 44	+ 168	+ 16	- 1	- 31	- 61
Deutsche	West	+ 21	+ 287	+ 97	+ 153	+ 28	+ 8	- 13	- 34
	Ost	+ 543	+ 77	- 226	- 134	- 146	- 81	- 90	- 99
	Insg.	+ 564	+ 364	- 129	+ 19	- 118	- 74	- 103	- 133
Ausländer	West	+ 167	- 1	+ 78	+ 144	+ 129	+ 68	+ 69	+ 70
	Ost	+ 10	+ 17	+ 7	+ 5	+ 5	+ 4	+ 3	+ 2
	Insg.	+ 177	+ 16	+ 85	+ 149	+ 134	+ 73	+ 72	+ 72
dav. Stille Reserve im engeren Sinne	West	+ 180	+ 243	+ 193	+ 266	+ 146	+ 169	+ 149	+ 129
	Ost	+ 27	+ 121	+ 77	+ 134	+ 30	+ 70	+ 60	+ 50
	Insg.	+ 207	+ 364	+ 270	+ 400	+ 176	+ 239	+ 209	+ 179
Stille Reserve in Maßnahmen	West	+ 8	+ 43	- 18	+ 31	+ 11	- 93	- 93	- 93
	Ost	+ 526	- 27	- 296	- 263	- 171	- 147	- 147	- 147
	Insg.	+ 534	+ 16	- 314	- 232	- 160	- 240	- 240	- 240

1) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der berufl. Weiterbildung.

2) Nahtloskeitsleistungen

3) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall

4) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 2a: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Westdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)							
Deutsche	+ 188	+ 108	+ 35	- 28	- 48	- 48	- 41
Demographie (ohne Wanderungen)	- 141	- 153	- 187	- 220	- 226	- 212	- 193
Verhaltenskomponente 1)	+ 84	+ 86	+ 93	+ 86	+ 86	+ 82	+ 88
Wanderungseffekte insgesamt	+ 245	+ 175	+ 129	+ 106	+ 92	+ 82	+ 64
davon Aus Zuzügen aus Ostdeutschland	+ 173	+ 157	+ 111	+ 83	+ 72	+ 74	+ 73
Aus Fortzügen nach Ostdeutschland	- 39	- 62	- 68	- 62	- 61	- 64	- 68
Aus Zuzügen von Aussiedlern 2)	+ 142	+ 98	+ 97	+ 94	+ 88	+ 80	+ 71
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 31	- 18	- 11	- 9	- 7	- 8	- 12
Ausländer	+ 273	+ 359	+ 262	+ 135	+ 131	+ 140	+ 91
Demographie (ohne Wanderungen)	+ 44	+ 53	+ 58	+ 51	+ 48	+ 46	+ 41
Verhaltenskomponente 1)	+ 9	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8	+ 9	+ 8
Wanderungseffekte insgesamt	+ 220	+ 299	+ 198	+ 71	+ 75	+ 85	+ 42
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuw.	+ 89	+ 77	+ 29	- 2	+ 25	+ 35	- 2
Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 131	+ 222	+ 169	+ 73	+ 50	+ 50	+ 44
Deutsche und Ausländer	+ 461	+ 467	+ 297	+ 107	+ 83	+ 92	+ 50

B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)

Einpendler aus Ostdeutschland	325	425	432	439	458	471	476
Auspendler nach Ostdeutschland	54	84	103	108	112	133	138
Auspendler in das Ausland	151	138	122	107	94	90	86
Pendlersaldo Deutsche	+ 120	+ 203	+ 207	+ 224	+ 252	+ 249	+ 252
Vorjahresveränderung in 1000	+ 200	+ 83	+ 4	+ 17	+ 28	- 3	+ 3
Einpendler aus dem Ausland	96	119	118	113	125	128	125
Pendlersaldo Ausländer	+ 96	+ 119	+ 118	+ 113	+ 125	+ 128	+ 125
Vorjahresveränderung in 1000	+ 23	+ 23	- 1	- 5	+ 12	+ 3	- 3
Pendlersaldo insgesamt	+ 216	+ 322	+ 325	+ 337	+ 377	+ 377	+ 377
Vorjahresveränderung in 1000	+ 223	+ 106	+ 3	+ 12	+ 40	0	0

C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)

Deutsche	+ 388	+ 191	+ 39	- 11	- 20	- 51	- 38
Ausländer	+ 296	+ 382	+ 261	+ 130	+ 143	+ 143	+ 88
Deutsche und Ausländer	+ 684	+ 573	+ 300	+ 119	+ 123	+ 92	+ 50

D. Nachr.: Wanderungsannahmen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)

Zuzüge von Aussiedlern	205	196	174	171	162	134	120
Zuzüge (Deutsche) aus Ostdeutschland	244	190	158	147	149	146	146
Fortzüge (Deutsche) nach Ostdeutschland	76	102	106	120	124	134	140
Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche	- 39	- 32	- 13	- 22	- 7	- 23	- 23
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuw.)	+ 167	+ 139	- 25	+ 16	+ 82	+ 52	- 68
Asylzuwanderungen	246	394	258	102	102	93	88

1) Bis 1990 Restgröße, ab 1991 Vorgabe Langfristprojektion

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 2b: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)							
Deutsche	- 65	- 80	- 148	- 146	- 154	- 150	- 136
Demographie (ohne Wanderungen)	- 52	- 25	- 22	- 42	- 57	- 52	- 33
Verhaltenskomponente	+ 118	+ 30	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100
Wanderungseffekte insgesamt	- 131	- 85	- 26	- 4	+ 3	+ 2	- 3
davon Aus Zuzügen aus Westdeutschland	+ 39	+ 62	+ 68	+ 62	+ 61	+ 64	+ 68
Aus Fortzügen nach Westdeutschland	- 173	- 157	- 111	- 83	- 72	- 74	- 73
Aus Zuzügen von Aussiedlern 2)	+ 4	+ 12	+ 21	+ 26	+ 29	+ 29	+ 19
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 1	- 2	- 4	- 9	- 15	- 17	- 17
Ausländer	- 41	+ 25	+ 31	+ 25	+ 16	+ 17	+ 19
Demographie (ohne Wanderungen)	0	- 4	- 5	- 1	+ 1	0	0
Verhaltenskomponente 1)	- 3	+ 12	+ 9	+ 19	- 4	- 1	+ 11
Wanderungseffekte insgesamt	- 38	+ 17	+ 27	+ 7	+ 19	+ 18	+ 8
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuw.	- 43	- 8	- 15	- 11	+ 6	+ 6	- 3
Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 5	+ 25	+ 42	+ 18	+ 13	+ 12	+ 11
Deutsche und Ausländer	- 106	- 55	- 117	- 121	- 138	- 133	- 117

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)							
Einpendler aus Westdeutschland	54	84	103	108	112	133	138
Auspendler nach Westdeutschland	325	425	432	439	458	471	476
Auspendler in das Ausland	0	0	0	0	0	0	0
Pendlersaldo Deutsche	- 271	- 341	- 329	- 331	- 346	- 339	- 338
Vorjahresveränderung in 1000	- 192	- 70	+ 12	- 2	- 15	+ 7	+ 1
Einpendler aus dem Ausland	2	3	4	5	6	6	6
Pendlersaldo Ausländer	+ 2	+ 3	+ 4	+ 5	+ 6	+ 6	+ 6
Vorjahresveränderung in 1000	+ 2	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0
Pendlersaldo insgesamt	- 269	- 338	- 325	- 326	- 340	- 333	- 332
Vorjahresveränderung in 1000	- 190	- 69	+ 13	- 1	- 14	+ 7	+ 1

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)							
Deutsche	- 257	- 150	- 136	- 148	- 169	- 143	- 135
Ausländer	- 39	+ 26	+ 32	+ 26	+ 17	+ 17	+ 19
Deutsche und Ausländer	- 296	- 124	- 104	- 122	- 152	- 126	- 116

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
D. Nachr.: Wanderungsannahmen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)							
Zuzüge von Aussiedlern	17	34	45	52	56	44	30
Zuzüge (Deutsche) aus Westdeutschland	76	102	106	120	124	134	140
Fortzüge (Deutsche) nach Westdeutschland	244	190	158	147	149	146	146
Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche	- 5	- 4	- 12	- 24	- 35	- 34	- 34
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuw.)	0	+ 16	- 21	+ 9	+ 16	+ 14	- 17
Asylzuwanderungen	10	44	65	25	26	23	22

- 1) Restgröße
- 2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.
- 3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3a: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Westdeutschland

		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997			
									Var. I	Var. II	Var. III	
1. Personen												
1.1	Beschäftigte Arbeitnehmer	1000	25.453	26.136	26.388	25.936	25.579	25.383	25.074	24.794	24.844	24.894
2. Potentielle Arbeitstage												
2.1	Tage		365	365	366	365	365	365	366	365	365	365
2.2	Sonntage	"	52	52	52	52	52	53	52	52	52	52
2.3	Samstage	"	52	52	52	52	53	52	52	52	52	52
2.4	Feiertage	"	12,7	12,7	10,1	8,9	9,0	10,0	11,7	11,2	11,2	11,2
2.5	Potentielle Arbeitstage	Tage	248,3	248,3	251,9	252,1	251,0	250,0	250,3	249,8	249,8	249,8
3. Tarifliche Arbeitszeit 1)												
3.1	Wochenarbeitszeit	Stunden	38,43	38,26	38,11	37,92	37,82	37,68	37,56	37,54	37,54	37,54
3.2	Tägliche Arbeitszeit	"	7,69	7,65	7,62	7,58	7,56	7,54	7,51	7,51	7,51	7,51
3.3	Tariflicher Urlaub	Tage	30,66	30,78	30,83	31,20	31,24	31,28	31,11	31,00	31,00	31,00
3.4	Urlaubsbereinigte Arbeitstage	"	217,6	217,5	221,1	220,9	219,8	218,7	219,2	218,8	218,8	218,8
3.5	Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1.672,4	1.664,2	1.684,9	1.675,4	1.662,5	1.648,1	1.646,4	1.642,8	1.642,8	1.642,8
4. Krankenstand												
4.1	der Personen	in %	5,33	5,31	5,22	4,95	4,93	5,20	4,68	4,16	4,16	4,16
4.2	in Arbeitstagen	Tage	11,6	11,5	11,5	10,9	10,8	11,4	10,3	9,1	9,1	9,1
4.3	in Arbeitsstunden	Stunden	89,1	88,4	87,9	82,9	81,9	85,7	77,0	68,3	68,3	68,3
4.4	Krankenstandsber. Arbeitszeit	Stunden	1.583,3	1.575,9	1.597,0	1.592,4	1.580,5	1.562,4	1.569,4	1.574,4	1.574,4	1.574,4
5. Effektive Arbeitstage												
5.1	Effektive Arbeitstage	Tage	206,0	206,0	209,5	210,0	208,9	207,3	208,9	209,7	209,7	209,7
6. Mehrarbeitsstunden												
6.1	pro Woche	Stunden	1,66	1,58	1,49	1,38	1,60	1,67	1,53	1,50	1,50	1,50
6.2	pro Tag	"	0,33	0,32	0,30	0,28	0,32	0,33	0,31	0,30	0,30	0,30
6.3	pro Jahr	"	68,2	65,0	62,6	57,9	66,8	69,1	63,8	62,9	62,9	62,9
6.4	Mehrarbeitsstundenvolumen	Mio Std	1.736,3	1.698,8	1.651,6	1.502,0	1.709,3	1.754,5	1.599,9	1.559,8	1.562,9	1.566,1
6.5	Arbeitszeit einschl. Mehrarb.stund.	Stunden	1.651,5	1.640,9	1.659,6	1.650,4	1.647,4	1.631,5	1.633,2	1.637,3	1.637,3	1.637,3
7. Kurzarbeit												
7.1	Kurzarbeiter	1000	55,8	145,0	283,0	766,9	275,5	128,1	206,4	250,0	200,0	150,0
7.2	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	36,3	29,7	30,8	29,1	31,7	36,8	35,7	35,7	35,7	35,7
7.3	" " "	Stunden	607,1	494,6	519,4	487,6	526,4	606,4	587,1	586,5	586,5	586,5
7.4	Ausfallvolumen	Mio Std	33,88	71,72	146,99	373,96	144,98	77,65	121,15	146,62	117,29	87,97
7.5	Kurzarbeiterereffekt	Stunden	1,3	2,7	5,6	14,4	5,7	3,1	4,8	5,9	4,7	3,5
8. Schlechtwetter												
8.1	Ausgefallene Tagewerke	1000	10.929	17.346	12.948	17.967	10.165	14.212
8.2	Ausfallstunden je SWG-Tag	Stunden	6,29	5,88	5,88	5,48	5,48	5,48
8.3	Ausfallvolumen	Mio Std	68,74	101,99	76,13	98,46	55,70	77,88	69,84	70,00	70,00	70,00
8.4	Schlechtwetterereffekt	Stunden	2,7	3,9	2,9	3,8	2,2	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8
9. Tarifaueinandersetzungen												
9.1	Verlorene Arbeitstage	1000	363,6	153,6	1545,3	84,3	216,6	231,4	95,1	0,0	0,0	0,0
9.2	Ausfallvolumen	Mio Std	2,80	1,18	11,78	0,64	1,64	1,75	0,71	0,00	0,00	0,00
9.3	Arbeitskampfeffekt	Stunden	0,1	0,0	0,4	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Freiwillige Teilzeit												
10.1	Teilzeitquote	%	15,72	16,04	16,41	16,99	17,66	18,20	18,86	19,50	19,50	19,50
10.2	Teilzeitbeschäftigte	1000	4001	4192	4330	4407	4517	4620	4729	4835	4845	4854
10.3	Arbeitszeitverkürzung	%	31,5	32,3	32,3	32,6	32,6	33,0	33,2	33,2	33,2	33,2
10.4	Stundenausfall je Teilzeitbesch.	Stunden	520,1	529,9	536,1	538,0	537,0	538,3	542,2	543,6	543,6	543,6
10.5	Ausfallvolumen	Mio Std	2.081,14	2.221,66	2.321,28	2.370,85	2.425,82	2.486,99	2.564,14	2.628,17	2.633,47	2.638,77
10.6	Effekt der freiwilligen Teilzeit	Stunden	81,8	85,0	88,0	91,4	94,8	98,0	102,3	106,0	106,0	106,0
11. Akzeptierte Teilzeit												
11.1	Personen	1000	475	270	350	350	350	350
11.2	Kürzung der tarifl. Arbeitszeit	%	11,6	12,9	12,2	12,2	12,2	12,2
11.3	Stundeneffekt je Person	Stunden	190,5	210,5	199,3	199,8	199,8	199,8
11.4	Stundenvolumen	Mio Std	90,48	56,83	69,74	69,91	69,91	69,91
11.5	Effekt der akzeptierten Teilzeit	Stunden	3,5	2,2	2,8	2,8	2,8	2,8
12. Erziehungsurlaub												
12.1	Inanspruchnahme (Personen)	1000	154	194	245	249	260	332	308	349	349	349
12.2	Ausfallvolumen	Mio Std	222,64	277,97	354,33	356,47	371,43	467,76	433,83	491,68	491,68	491,68
12.3	Erziehungsurlaubseffekt	Stunden	8,7	10,6	13,4	13,7	14,5	18,4	17,3	19,8	19,8	19,8
13. Summe Ausfallstunden												
13.1	Summe 7 bis 12	Stunden	94,7	102,3	110,3	123,4	120,8	124,8	130,0	137,4	136,1	134,9
14. Tatsächliche Arbeitszeit												
14.1	Absolut	Stunden	1.556,9	1.538,5	1.549,3	1.527,0	1.526,6	1.506,7	1.503,2	1.499,9	1.501,2	1.502,4
14.2	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,3	-1,2	+0,7	-1,4	-0,0	-1,3	-0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1
14.3	dav. Arbeitstage-Effekt	"	-0,7	+0,0	+1,5	+0,1	-0,4	-0,4	+0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
14.4	Tägliche Arbeitszeit	"	-1,6	-1,2	-0,7	-1,5	+0,4	-0,9	-0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit; flexible tarifliche Arbeitszeitregelungen nach oben oder unten berücksichtigt (soweit erfaßt).

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3b: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Ostdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997			
								Var. I	Var. II	Var. III	
1. Personen											
1.1	Beschäftigte Arbeitnehmer	1000	6.950	5.969	5.746	5.814	5.863	5.740	5.545	5.585	5.625
2. Potentielle Arbeitstage											
2.1	Tage		365	366	365	365	365	366	365	365	365
2.2	Sonntage	"	52	52	52	52	53	52	52	52	52
2.3	Samstage	"	52	52	52	53	52	52	52	52	52
2.4	Feiertage	"	12,1	9,7	8,2	8,3	9,3	11,0	10,5	10,5	10,5
2.5	Potentielle Arbeitstage	Tage	248,9	252,3	252,8	251,7	250,7	251,0	250,5	250,5	250,5
3. Tarifliche Arbeitszeit 1)											
3.1	Wochenarbeitszeit	Stunden	40,49	40,43	40,29	39,87	39,70	39,63	39,46	39,46	39,46
3.2	Tägliche Arbeitszeit	"	8,10	8,09	8,06	7,97	7,94	7,93	7,89	7,89	7,89
3.3	Tariflicher Urlaub	Tage	25,70	26,80	28,00	28,70	29,40	29,70	30,14	30,14	30,14
3.4	Urlaubsbereinigte Arbeitstage	"	223,3	225,5	224,8	223,0	221,3	221,3	220,4	220,4	220,4
3.5	Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1.808,8	1.823,4	1.811,4	1.778,2	1.757,1	1.753,8	1.739,1	1.739,1	1.739,1
4. Krankenstand											
4.1	der Personen	in %	4,68	4,25	4,46	4,61	5,11	4,91	4,41	4,41	4,41
4.2	in Arbeitstagen	Tage	10,4	9,6	10,0	10,3	11,3	10,9	9,7	9,7	9,7
4.3	in Arbeitsstunden	Stunden	84,6	77,5	80,7	81,9	89,7	86,2	76,7	76,7	76,7
4.4	Krankenstandsber. Arbeitszeit	Stunden	1.724,2	1.745,9	1.730,7	1.696,3	1.667,3	1.667,6	1.662,4	1.662,4	1.662,4
5. Effektive Arbeitstage											
5.1	Effektive Arbeitstage	Tage	212,9	215,9	214,8	212,7	210,0	210,4	210,6	210,6	210,6
6. Mehrarbeitsstunden											
6.1	pro Woche	Stunden	0,60	0,98	1,16	1,20	1,12	1,01	1,00	1,00	1,00
6.2	pro Tag	"	0,12	0,20	0,23	0,24	0,22	0,20	0,20	0,20	0,20
6.3	pro Jahr	"	25,4	42,3	50,0	51,2	47,2	42,7	42,1	42,1	42,1
6.4	Mehrarbeitsstundenvolumen	Mrd Std	176,7	252,2	287,1	297,4	276,8	245,0	233,6	235,3	237,0
6.5	Arbeitszeit einschl. Mehrarb.stund.	Stunden	1.749,7	1.788,2	1.780,7	1.747,5	1.714,5	1.710,3	1.704,5	1.704,5	1.704,5
7. Kurzarbeit											
7.1	Kurzarbeiter	1000	1616,2	370,0	181,4	96,9	70,5	70,9	90,0	70,0	50,0
7.2	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	55,6	52,3	46,6	47,9	56,0	54,0	52,0	52,0	52,0
7.3	" " " "	Stunden	1.004,8	954,5	844,4	852,6	983,2	946,8	904,3	904,3	904,3
7.4	Ausfallvolumen	Mio Std	1.624,01	353,18	153,19	82,57	69,31	67,15	81,39	63,30	45,22
7.5	Kurzarbeitereffekt	Stunden	233,7	59,2	26,7	14,2	11,8	11,7	14,7	11,3	8,0
8. Schlechtwetter											
8.1	Ausgefallene Tagewerke	1000	840	2.128	5.980	3.148	4.796
8.2	Ausfallstunden je SWG-Tag	Stunden	5,88	5,88	5,48	5,48	5,48
8.3	Ausfallvolumen	Mio Std	4,94	12,51	32,77	17,25	26,28	16,37	16,00	16,00	16,00
8.4	Schlechtwettereffekt	Stunden	0,7	2,1	5,7	3,0	4,5	2,9	2,9	2,9	2,8
9. Tarifaueinandersetzungen											
9.1	Verlorene Arbeitstage	1000	0,0	0,0	508,8	12,8	16,0	3,0	0,0	0,0	0,0
9.2	Ausfallvolumen	Mio Std	0,00	0,00	4,11	0,10	0,13	0,02	0,00	0,00	0,00
9.3	Arbeitskampfeffekt	Stunden	0,0	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Freiwillige Teilzeit											
10.1	Teilzeitquote	%	8,90	7,20	8,20	10,70	11,00	11,60	12,50	12,50	12,50
10.2	Teilzeitbeschäftigte	1000	619	430	471	622	645	666	693	698	703
10.3	Arbeitszeitverkürzung	%	31,0	31,0	31,5	32,4	33,2	34,0	34,0	34,0	34,0
10.4	Stundenausfall je Teilzeitbesch.	Stunden	542,4	554,3	561,3	566,1	569,2	581,3	579,5	579,5	579,5
10.5	Ausfallvolumen	Mio Std	335,50	238,24	264,49	352,20	367,10	387,08	401,69	404,59	407,49
10.6	Effekt der freiwilligen Teilzeit	Stunden	48,3	39,9	46,0	60,6	62,6	67,4	72,4	72,4	72,4
11. Akzeptierte Teilzeit											
11.1	Personen	1000
11.2	Kürzung der tarifl. Arbeitszeit	%
11.3	Stundeneffekt je Person	Stunden
11.4	Stundenvolumen	Mio Std
11.5	Effekt der akzeptierten Teilzeit	Stunden
12. Erziehungsurlaub											
12.1	Inanspruchnahme (Personen)	1000	14	39	34	29	34	36	46	46	46
12.2	Ausfallvolumen	Mio Std	21,16	62,70	53,43	45,42	52,06	54,07	69,07	69,07	69,07
12.3	Erziehungsurlaubseffekt	Stunden	3,0	10,5	9,3	7,8	8,9	9,4	12,5	12,4	12,3
13. Summe Ausfallstunden											
13.1	Summe 7 bis 12	Stunden	285,7	111,7	88,4	85,6	87,8	91,4	102,5	99,0	95,6
14. Tatsächliche Arbeitszeit											
14.1	Absolut	Stunden	1.464,0	1.676,5	1.692,3	1.661,9	1.626,7	1.618,9	1.602,1	1.605,5	1.608,9
14.2	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-12,5	+14,5	+0,9	-1,8	-2,1	-0,5	- 1,0	- 0,8	- 0,6
14.3	dav. Arbeitstage-Effekt	"	-0,9	+1,3	+0,2	-0,4	-0,4	+0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
14.4	Tägliche Arbeitszeit	"	-11,8	+13,0	+0,7	-1,4	-1,7	-0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,4

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit; flexible tarifliche Arbeitszeitregelungen nach oben oder unten berücksichtigt (soweit erfaßt).

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 4a: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997			
								Var. I	Var. II	Var. III	
1	Trend	%	- 0,9	- 0,7	- 1,0	- 0,6	- 1,0	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,4
2	dav. Tarifliche Wochenarbeitszeit	%	- 0,5	- 0,4	- 0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,1
3	Tariflicher Urlaub	%	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
4	Freiwillige Teilzeit	%	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
5	Erziehungsurlaub	%	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
6	Konjunktur	%	- 0,3	- 0,3	- 0,9	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,0
7	dav. Kurzarbeit	%	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1
8	Mehrarbeitsstunden	%	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,6	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,1
9	Akzeptierte Teilzeit	%	.	.	.	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
10	Sonstiges	%	- 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
11	dav. Krankenstand	%	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
12	Schlechtwetter	%	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
13	Tarifaueinandersetzungen	%	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
14	Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	- 1,2	- 0,7	- 1,5	+ 0,4	- 0,9	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1
15	Arbeitstageeffekt	%	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
16	Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	- 1,2	+ 0,7	- 1,4	- 0,0	- 1,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1
17	Jährliche Arbeitszeit der Selbständigen und Mithelfenden	%	- 0,9	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 1,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
18	Jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen	%	- 1,2	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 4b: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Ostdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997			
								Var. I	Var. II	Var. III	
1	Trend	%	- 1,9	- 0,6	- 1,3	- 2,3	- 1,0	- 0,7	- 1,2	- 1,2	- 1,2
2	dav. Tarifliche Wochenarbeitszeit	%	- 0,6	- 0,2	- 0,4	- 1,3	- 0,5	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 0,5
3	Tariflicher Urlaub	%	- 1,4	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
4	Freiwillige Teilzeit	%	+ 0,1	+ 0,6	- 0,4	- 0,9	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
5	Erziehungsurlaub	%	.	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2
6	Konjunktur	%	- 9,8	+ 13,1	+ 2,4	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,2
7	dav. Kurzarbeit	%	- 9,6	+ 11,9	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,2
8	Mehrarbeitsstunden	%	- 0,2	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0
9	Akzeptierte Teilzeit	%
10	Sonstiges	%	- 0,0	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
11	dav. Krankenstand	%	+ 0,1	+ 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
12	Schlechtwetter	%	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
13	Tarifaueinandersetzungen	%	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
14	Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	- 11,8	+ 13,0	+ 0,7	- 1,4	- 1,7	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,4
15	Arbeitstageeffekt	%	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
16	Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer	%	- 12,5	+ 14,5	+ 0,9	- 1,8	- 2,1	- 0,5	- 1,0	- 0,8	- 0,6
17	Jährliche Arbeitszeit der Selbständigen und Mithelfenden	%	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,7	- 0,9	+ 0,3	+ 1,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2
18	Jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen	%	- 11,2	+ 14,2	+ 1,3	- 1,6	- 1,8	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,4

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 5: Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland: Bauleistungen / Montagen / Ausbesserungen

Jahr	Ausfuhr bzw. Einnahmen			Einfuhr bzw. Ausgaben			Saldo
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		
		deutscher Firmen im Ausland	ausländischer Firmen im Inland		deutscher Firmen im Ausland	ausländischer Firmen im Inland	
	Mio DM						
1987	6.134	5.988	146	4.092	3.487	605	+ 2.042
1988	4.852	4.742	110	3.828	3.159	669	+ 1.024
1989	5.162	5.033	129	4.139	3.446	693	+ 1.023
1990	5.292	5.066	226	4.789	3.936	853	+ 503
1991	6.426	6.187	239	5.557	4.470	1.087	+ 869
1992	6.828	6.664	164	6.078	4.747	1.331	+ 750
1993	6.857	6.506	351	7.021	5.036	1.985	- 164
1994	6.072	5.540	532	7.300	5.383	1.917	- 1.228
1995	7.179	6.899	280	8.426	5.860	2.566	- 1.247
1996	6.856	6.663	193	8.680	6.549	2.131	- 1.824

Anmerkung: Angaben beziehen sich ab Juli 1990 auf ganz Deutschland

Quelle: Berechnet nach Deutsche Bundesbank; Zahlungsbilanzstatistik Februar 1997, in: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3/1997, S.23

Tabelle 6: Werkvertragsarbeitnehmer auf der Grundlage von Regierungsvereinbarungen mit mittelosteuropäischen Staaten (Jahresdurchschnitte)

Jahr	Insgesamt	darunter im Baugewerbe	
		absolut	Anteil
	Personen in 1000		%
1987	12,3	3,3	26,8
1988	14,6	4,3	29,5
1989	16,6	5,8	34,9
1990	27,2	13,1	48,2
1991	53,1	33,0	62,1
1992	94,9	69,6	73,3
1993	70,1	63,4	90,4
1994	41,2	26,6	64,6
1995	49,4	27,2	55,1
1996	45,6	19,8	43,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (BA)

Tabelle 7: Beschäftigte in Treuhand- und Ex-Treuhand-Unternehmen

Befragung (*) bzw. Einschätzung	Befragung 1.10.1991		Befragung 1.10.1992		Befragung 1.10.1993		Befragung 1.10.1994		Befragung 1.10.1995		Befragung 1.10.1996	
	Treuhand	Ex-TH	Zusammen	Treuhand	Ex-TH	Zusammen	Treuhand	Ex-TH	Zusammen	Treuhand	Ex-TH	Zusammen
01.10.1991 (*)	2.000	285	2.285
01.01.1992	1.404	254	1.658
01.10.1992 (*)	.	.	.	560	885	1.445
01.01.1993	1.098	236	1.334	472	836	1.308	272	1.079	1.351	.	.	.
01.10.1993 (*)	.	.	.	375	799	1.174	213	999	1.212	.	.	.
01.01.1994	1.036	238	1.274	.	.	.	186	962	1.148	123	1.016	1.139
01.10.1994 (*)	.	.	.	354	795	1.149	94	980	1.074	85	941	1.026
01.01.1995	150	930	1.080	64	908	972
01.10.1995 (*)	142	912	1.054	.	.	950
01.01.1996	83	.	789
01.10.1996 (*)	762
01.01.1997	830
01.01.1998	816
01.01.1999	680

Personen in 1000

Entwicklung zum Befragungszeitpunkt auf ... Prozent

01.10.1991 (*)	100	100	100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
01.01.1992	70	89	73	-	-	-	-	-	-	-	-	-
01.10.1992 (*)	-	-	-	100	100	100	-	-	-	-	-	-
01.01.1993	55	83	58	84	94	91	128	108	111	-	-	-
01.10.1993 (*)	-	-	-	-	-	-	100	100	100	-	-	-
01.01.1994	52	84	56	67	90	81	87	96	95	131	104	106
01.10.1994 (*)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100	100	100
01.01.1995	-	-	-	63	90	80	70	93	89	90	96	96
01.10.1995 (*)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	104
01.01.1996	-	-	-	-	-	-	67	91	87	68	93	91
01.10.1996 (*)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100
01.01.1997	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100
01.01.1998	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	91	87
01.01.1999	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	86
01.01.1999	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	89

Quelle: Periodische Befragung von Treuhand- und Ex-Treuhand- Unternehmen durch SÖSTRA Berlin (bis 1995 im Auftrag der BA)

Anmerkung: Die Treuhandanstalt, die 1990 zur Privatisierung der DDR-Wirtschaft gebildet wurde, hat Ende 1994 ihre Tätigkeit eingestellt. Die notwendigen Weiterführungsaufgaben wurden von der neugegründeten Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) übernommen. SÖSTRA Berlin befragte im Oktober 1996 zum neunten Male alle vollständig und mehrheitlich privatisierten ehemaligen Treuhandunternehmen zu deren Beschäftigungsperspektiven. (Die kommunalisierten und reprivatisierten ehemaligen Treuhandunternehmen wurden im Oktober 1996 nicht befragt.). Zum Befragungszeitpunkt am 1.10.1996 bestanden 6780 ehemalige Treuhandunternehmen (ohne privatisierten Unternehmensteile), von denen 2500 befragt wurden. 878 auswertbare Fragebogen wurden zurückgesandt. Die genannten (hochgerechneten) Angaben beziehen sich auf diese Firmen.

Tabelle 8a: Personal im Öffentlichen Dienst 1991 - 1995 (jeweils Jahresmitte, Personen in 1000)

	West					Ost					Zusammen				
	1991	1992	1993	1994	1995	1991	1992	1993	1994	1995	1991	1992	1993	1994	1995
Unmittelbarer Öffentlicher Dienst 1)	3.895,1	3.901,3	3.875,0	3.831,9	3.747,2	1.381,3	1.323,4	1.174,6	1.100,2	1.052,4	5.276,4	5.224,7	5.049,6	4.932,1	4.799,6
dav. Bund 2)	567,1	544,0	533,6	497,7	469,2	84,9	82,1	73,9	80,0	77,1	652,0	626,1	607,5	577,7	546,3
Länder	1.937,5	1.957,2	1.939,5	1.947,4	1.923,8	634,5	584,9	556,4	534,6	527,8	2.572,0	2.542,1	2.495,9	2.482,0	2.451,6
Kommunen 3)	1.390,5	1.400,1	1.401,9	1.386,8	1.354,2	661,9	656,4	544,3	485,6	447,5	2.052,4	2.056,5	1.946,2	1.872,4	1.801,7
Mittelbarer Öffentlicher Dienst	277,2	289,3	311,6	339,0	363,7	47,8	64,5	76,3	86,7	86,2	325,0	353,8	387,9	425,7	449,9
dar. Sozialversicherungsträger	206,7	213,6	216,6	218,5	220,2	27,4	40,1	45,0	46,6	46,6	234,1	253,7	261,6	.	266,9
Bundesanstalt für Arbeit	68,7	72,2	70,6	70,0	69,4	20,5	24,4	26,0	26,9	27,0	89,2	96,6	97,0	96,9	96,4
Träger der Zusatzversorgung	1,8	1,9	1,5	1,5	1,5	-	-	-	-	-	1,8	1,9	1,5	1,5	17,3
Öffentlicher Dienst zusammen	4.172,3	4.190,6	4.186,6	4.170,9	4.110,9	1.429,1	1.387,9	1.250,9	1.186,9	1.138,6	5.601,4	5.578,5	5.437,5	5.357,8	5.249,5
Nachrichtlich: Bevölkerung	64.036	64.847	65.539	65.847	66.431	15.912	15.707	15.648	15.563	15.451	79.948	80.554	81.187	81.410	81.882

1) ohne Bundesbahn/Reichsbahn (ab Anfang 1994 zur Deutschen Bahn AG privatisiert), ohne Bundespost (ab Anfang 1995 in drei Unternehmensbereiche privatisiert)

2) einschl. Soldaten, ohne Grundwehrendienstleistende

3) Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik

Tabelle 8b: Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Öffentlichen Dienst (jeweils Jahresmitte, Personen in 1000)

	West					Ost					Je 10 000 Einwohner				
	1991	1992	1993	1994	1995	1991	1992	1993	1994	1995	West 1991	West 1995	Ost 1991	Ost 1995	
Bund 1)	544,7	523,2	510,4	474,9	445,7	84,1	81,2	72,8	78,9	75,9	85	67	53	49	
Länder	1.532,6	1.535,2	1.527,3	1.525,6	1.500,0	596,4	540,0	476,8	443,8	438,3	239	227	375	283	
Kommunen	1.058,0	1.055,1	1.052,6	1.037,7	1.004,1	573,3	580,0	463,4	362,5	329,3	165	152	360	212	
Zusammen	3.135,3	3.113,5	3.090,3	3.038,2	2.949,9	1.253,8	1.201,2	1.013,0	885,2	843,8	489	446	788	544	

1) ohne Grundwehrendienstleistende, ohne Bundesbahn/Reichsbahn, ohne Bundespost

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik

Tabelle 9a: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Westdeutschland

– Personen in 1000 –

	1990	1991	1992	1993	1994	1995				1995	1996				1996	1997*)	
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr	
A. Inanspruchnahme																	
Kurzarbeit	56	145	283	767	275	152	131	83	146	128	264	241	150	171	206	200	
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	41	47	41	54	30	130	0	0	46	44	27	0	0	2	7	7	
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	83	83	78	51	58	70	71	73	73	72	72	78	79	74	76	102	
Allgemeine ABM 2)	83	83	78	44	58	70	70	71	70	70	67	72	73	66	70	78	
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	0	0	0	1	2	3	2	5	6	7	8	6	24	
Vollzeit - FuU 4)	215	237	250	238	226	246	257	250	274	257	279	291	270	262	276	200	
Reha 5)	43	49	55	54	40	37	37	37	39	38	39	40	37	39	39	37	
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	76	51	55	50	50	45	41	47	46	53	47	36	33	42	34	
Vorruhestandsgeld 6)	36	23	12	6	3	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	3	3	2	2	2	2	2	1	1	2	0	
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	27	
Summe	584	659	771	1226	684	688	545	487	629	587	735	699	574	583	648	607	
Außerdem: Personen nach §105c AFG 8)	63	63	82	127	139	148	148	146	141	146	140	139	139	138	139	133	
Insgesamt	647	722	854	1353	823	836	693	633	771	733	875	838	713	722	787	740	

B. Beschäftigungsäquivalent

Kurzarbeit	20	43	88	228	89	61	47	32	51	48	112	78	48	59	74	71
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	36	20	87	0	0	31	29	27	0	0	2	7	7
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	116	116	109	71	81	98	100	102	101	100	100	109	111	104	106	143
Allgemeine ABM 2)	116	116	109	61	81	97	98	100	97	98	94	101	101	93	97	109
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	0	0	0	1	3	4	2	6	8	10	11	9	34
Vollzeit - FuU 4)	215	237	250	238	226	246	257	250	274	257	279	291	270	262	276	200
Reha 5)	43	49	55	54	40	37	37	37	39	38	39	40	37	39	39	37
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	76	51	55	50	50	45	41	47	46	53	47	36	33	42	34
Vorruhestandsgeld 6)	36	23	12	6	3	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	3	3	2	2	2	2	2	1	1	2	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	14
Summe	568	574	594	689	511	582	490	465	547	521	611	566	504	501	546	506
Außerdem: Personen nach §105c AFG 8)	63	63	82	127	139	148	148	146	141	146	140	139	139	138	139	133
Insgesamt	631	638	676	816	650	729	638	611	689	667	751	706	643	639	685	639

C. Entlastung der Arbeitslosenzahl

Kurzarbeit	13	29	59	152	60	41	32	21	34	32	75	52	32	39	50	48
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	36	20	87	0	0	31	29	27	0	0	2	7	7
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	105	105	99	64	73	88	90	92	92	91	91	98	100	94	96	129
Allgemeine ABM 2)	105	105	99	55	73	88	89	90	88	89	85	91	92	84	88	99
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	0	0	0	1	2	4	2	6	7	9	10	8	30
Vollzeit - FuU 4)	191	210	220	207	203	231	244	239	265	245	270	282	262	254	267	193
Reha 5)	33	37	42	41	31	29	30	29	31	30	31	32	30	31	31	30
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	76	51	55	50	50	45	41	47	46	53	47	36	33	42	34
Vorruhestandsgeld 6)	36	23	12	6	3	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	3	3	2	2	2	2	2	1	1	2	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	14
Summe	516	511	512	564	443	530	443	427	504	476	548	514	462	455	495	455
Außerdem: Personen nach §105c AFG 8)	63	63	82	127	139	148	148	146	141	146	140	139	139	138	139	133
Insgesamt	579	574	594	691	582	677	592	573	645	622	688	653	601	594	634	587

*) Schätzungen des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG.
Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von "Vollzeitbeschäftigten" errechnet.
Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung

3) Arbeitsförderung "Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe" (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach § 242s AFG.

4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).

5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).

7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger; Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt

8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Tabelle 9b: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland

– Personen in 1000 –

	1990	1991	1992	1993	1994	1995				1995	1996				1996	1997*)
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
A. Inanspruchnahme																
Kurzarbeit	758	1616	370	181	97	83	82	56	64	71	108	82	47	47	71	70
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	0	3	6	18	9	40	0	0	24	16	11	0	0	0	3	3
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	3	183	388	260	281	319	325	313	292	312	256	280	294	281	278	327
Allgemeine ABM 2)	3	183	388	208	193	220	219	204	181	206	167	190	208	201	191	142
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	29	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	22	88	99	107	110	111	107	90	90	85	80	86	185
Vollzeit - FuU 4)	7	169	425	345	241	252	252	238	229	243	226	231	223	239	230	171
Reha 5)	0	1	4	5	4	4	4	4	5	4	5	5	5	6	5	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	6	7	9	7	6	7	7	8	7	8	10	8	9
Vorruhestandsgeld 6)	180	365	295	214	126	68	43	19	2	33	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	10	189	516	639	524	420	356	313	275	341	240	203	167	133	186	58
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
Summe	958	2526	2007	1668	1289	1194	1070	950	897	1028	854	808	744	715	780	646
Außerdem: Personen nach §105c AFG 8)	0	0	1	1	2	4	6	7	10	7	14	23	35	47	30	65
Insgesamt	958	2526	2008	1669	1291	1198	1075	957	907	1034	868	831	779	763	810	712
B. Beschäftigungsäquivalent																
Kurzarbeit	341	898	194	85	46	44	44	34	38	40	61	41	25	25	38	36
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	0	2	4	12	6	27	0	0	16	11	11	0	0	0	3	3
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	5	257	543	365	379	423	434	421	398	419	351	383	402	384	380	451
Allgemeine ABM 2)	5	257	543	292	257	284	284	267	242	270	226	258	282	272	259	192
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	41	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	31	123	138	149	153	155	149	125	126	120	113	121	259
Vollzeit - FuU 4)	7	169	425	345	241	252	252	238	229	243	226	231	223	239	230	171
Reha 5)	0	1	4	5	4	4	4	4	5	4	5	5	5	6	5	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	6	7	9	7	6	7	7	8	7	8	10	8	9
Vorruhestandsgeld 6)	180	365	295	214	126	68	43	19	2	33	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	10	189	516	639	524	420	356	313	275	341	240	203	167	133	186	58
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Summe	543	1881	1984	1671	1334	1246	1140	1036	968	1097	903	871	830	797	850	735
Außerdem: Personen nach §105c AFG 8)	0	0	1	1	2	4	6	7	10	7	14	23	35	47	30	65
Insgesamt	543	1881	1985	1672	1336	1250	1145	1043	978	1104	916	894	865	844	880	801
C. Entlastung der Arbeitslosenzahl																
Kurzarbeit	341	898	189	75	39	33	33	25	28	30	46	31	19	19	29	27
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	0	2	4	12	6	27	0	0	16	11	11	0	0	0	3	3
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	5	257	540	353	363	396	406	393	371	392	328	358	375	358	355	419
Allgemeine ABM 2)	5	257	540	283	246	268	268	251	227	253	211	241	264	254	242	179
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	40	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	30	117	128	138	142	144	138	116	117	111	105	112	240
Vollzeit - FuU 4)	7	169	425	339	238	249	250	236	227	241	224	229	221	236	227	169
Reha 5)	0	1	4	4	3	4	4	4	5	4	4	5	5	5	5	5
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	6	7	9	7	6	7	7	8	7	8	10	8	9
Vorruhestandsgeld 6)	180	365	295	214	126	68	43	19	2	33	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 7)	10	189	516	639	524	420	356	313	275	341	240	203	167	133	186	58
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Summe	543	1881	1976	1643	1307	1205	1098	997	929	1057	861	832	794	762	812	691
Außerdem: Personen nach §105c AFG 8)	0	0	1	1	2	4	6	7	10	7	14	23	35	47	30	65
Insgesamt	543	1881	1976	1644	1309	1209	1104	1004	939	1064	875	855	829	809	842	756

*) Schätzungen des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

- 1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG.
Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von "Vollzeitbeschäftigten" errechnet.
Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.
- 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
- 3) Arbeitsförderung "Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe" (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach § 249h AFG.
- 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).
- 5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
- 6) Das Vorruhestandsgeld Ost wird aus Haushaltsmitteln des Bundes getragen
- 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger
- 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB